

Allgemeine Versicherungsbedingungen für die spezielle Vollkosten-Auslandskranken-Gruppenversicherung (U)

Fassung Januar 2026

Erläuterungen

Der Versicherungsnehmer ist die Gruppenspitze als Vertragspartner des Versicherers. Hauptversicherte sind die nach den Vereinbarungen des Gruppenversicherungsvertrages bestimmten Personen, soweit sie zum Versicherungsschutz angemeldet sind. Mitversicherte Personen sind die Ehegatten, Lebenspartner gemäß § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz (siehe Anhang), Kinder und sonstige (nach dem Gruppenversicherungsvertrag) mitversicherbaren Personen, soweit sie zum Versicherungsschutz angemeldet sind.

Der Versicherungsschutz

§ 1 Gegenstand, Umfang und Geltungsbereich des Versicherungsschutzes

(1) Der Versicherer bietet Versicherungsschutz im Ausland für Krankheiten, Unfälle und andere im Vertrag genannte Ereignisse. Er erbringt, sofern vereinbart, damit unmittelbar zusammenhängende zusätzliche Dienstleistungen. Im Versicherungsfall (§ 1 Nr. 5) erbringt der Versicherer Ersatz von Aufwendungen für Heilbehandlung und sonst vereinbarte Leistungen.

(2) Bei der langfristigen Auslandskranken-Gruppenversicherung wird für Versicherungsfälle,

a) die vor Zugang der Anmeldung beim Versicherer eingetreten sind, ab Beginn des Versicherungsschutzes (§ 2) nur dann geleistet, wenn sie dem Versicherer ordnungsgemäß angezeigt worden sind (§ 2a Nr. 4), und der Versicherer für sie keinen Ausschluss vom Versicherungsschutz erklärt oder erklärt hat.

b) die auf ein erhöhtes Risiko (z.B. Vorerkrankungen, Beruf, Sport) zurückzuführen sind, ab Beginn des Versicherungsschutzes (§ 2) nur dann geleistet, wenn das erhöhte Risiko dem Versicherer ordnungsgemäß angezeigt worden ist (§ 2a Nr. 4), und der Versicherer für sie keinen Ausschluss vom Versicherungsschutz erklärt oder erklärt hat.

(3) Als Ausland gelten alle Länder mit Ausnahme desjenigen, aus dem der Hauptversicherte im Auftrag des Versicherungsnehmers ausreist oder ursprünglich ausgereist ist.

(4)

a) Erfordert ein langfristiger Auslandsaufenthalt eine Ausdehnung des Versicherungsschutzes für die Dauer eines vorübergehenden Inlandsaufenthaltes, so gilt die Fortführung der Versicherung und die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf das Inland bis zur Dauer von jeweils drei Monaten als vereinbart.

b) Benötigt eine versicherte Person eine Verlängerung der Versicherung wegen Fortfall der ursprünglichen Versicherungsberechtigung im Gruppenversicherungsvertrag (§ 14 Nr. 2 b)), so ist dies bis zu einer Dauer von drei Monaten möglich. In diesem Fall kann mit Zustimmung des Versicherungsnehmers die Verlängerung des Versicherungsschutzes innerhalb des Gruppenversicherungsvertrages beantragt werden.

(5) Versicherungsfall ist die medizinisch notwendige Heilbehandlung einer versicherten Person wegen Krankheit oder Unfallfolgen. Der Versicherungsfall beginnt mit der Heilbehandlung; er endet, wenn nach medizinischem Befund Behandlungsbedürftigkeit nicht mehr besteht. Muss die Heilbehandlung auf eine Krankheit oder Unfallfolge ausgedehnt werden, die mit der bisher behandelten nicht ursächlich zusammenhängt, so entsteht insoweit ein neuer Versicherungsfall.

Als Versicherungsfall gelten auch

a) Untersuchung und medizinisch notwendige Behandlung wegen Schwangerschaft und die Entbindung. Außerdem Fehlgeburten und nicht rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche;

b) ambulante Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten (gezielte Vorsorgeuntersuchungen), in den Tarifen für stationäre Heilbehandlung jedoch nur dann, wenn diese aus medizinischen Gründen stationär durchgeführt werden müssen;

c) Tod, soweit hierfür Leistungen vereinbart sind;

d) die spezialisierte ambulante Palliativversorgung und die stationäre Versorgung in einem Hospiz, sofern der Tarif Leistungen hierfür vorsieht.

e) Übergangspflege im Krankenhaus, sofern und soweit der Tarif Leistungen dafür vorsieht.

(6) Der Umfang des Versicherungsschutzes ergibt sich aus der Versicherungsbestätigung, späteren schriftlichen Vereinbarungen, den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die spezielle Vollkosten-Auslandskranken-Gruppenversicherung einschließlich Tarif, dem Gruppenversicherungsvertrag sowie den gesetzlichen Vorschriften. Das Versicherungsverhältnis unterliegt deutschem Recht.

(7) Sofern und soweit der Versicherungsnehmer die ihm zustehenden Rechte und Pflichten aus dem Versicherungsverhältnis auf den Hauptversicherten übertragen hat und diese vom Hauptversicherten übernommen wurden, gelten die den Versicherungsnehmer betreffenden Regelungen gleichermaßen für den Hauptversicherten.

(8) Der Versicherungsnehmer kann die Umwandlung der Versicherung in einen gleichartigen Versicherungsschutz verlangen, sofern die versicherte Person die Voraussetzungen für die Versicherungsfähigkeit erfüllt und der Gruppenversicherungsvertrag das zulässt. Der Versicherer nimmt den Antrag auf Umwandlung in angemessener Frist an. Die erworbenen Rechte bleiben erhalten; eine etwa nach den technischen Berechnungsgrundlagen gebildete Rückstellung für das mit dem Alter der versicherten Person wachsende Wagnis (Alterungsrückstellung) wird nach Maßgabe dieser Berechnungsgrundlagen angerechnet. Soweit der neue Versicherungsschutz höher oder umfassender ist, kann insoweit ein Risikozuschlag (§ 8a Nr. 3 und 4) verlangt oder ein Leistungsausschluss bzw. eine Leistungseinschränkung erklärt werden.

Der Umwandlungsanspruch besteht bei Anwartschaftsversicherungen nicht, solange der Anwartschaftsgrund nicht entfallen ist. Die Umwandlung des Versicherungsschutzes aus einem Tarif, bei dem die Beiträge geschlechtsunabhängig kalkuliert werden, in einen Tarif, bei dem dies nicht der Fall ist, ist ausgeschlossen.

§ 2 Beginn des Versicherungsschutzes

(1) Versicherungsschutz besteht mit Versicherungsbeginn, jedoch nicht vor dem Termin, der für den Gruppenversicherungsvertrag als Versicherungsbeginn vereinbart ist.

(2) In der kurzfristigen Auslandskrankenversicherung ist der Versicherungsbeginn das Datum der Ausreise.

(3) In der langfristigen Auslandskrankenversicherung ist der Versicherungsbeginn der in der Anmeldung genannte Zeitpunkt. Dieser darf jedoch – gerechnet vom Tag der Ausstellung der Anmeldung – nicht mehr als 6 Monate in der Zukunft liegen.

(4) Abweichend von Nr. 3 ist der Versicherungsbeginn das Datum des erstmaligen Zugangs des Anmeldeformulars beim Versicherer, wenn das Anmeldeformular erst im übernächsten Monat (oder später) nach dem dort genannten Zeitpunkt zugeht (§ 2a Nr. 2).

Geht die Anmeldung erst im übernächsten Monat (oder später) nach dem erstmaligen Zugang des Anmeldeformulars beim Versicherer ein, gilt abweichend von Satz 1 und Nr. 3 als frühester Versicherungsbeginn das Datum des Eingangs der Anmeldung.

(5) Bei Vertragsänderungen gelten § 2 Nr. 1 bis 4 und § 1 Nr. 2 für den hinzukommenden Teil des Versicherungsschutzes.

(6) Durch die Änderung des Versicherungsschutzes im Laufe der Versicherungsdauer ändert sich das beim ursprünglichen Abschluss des Vertrages festgelegte Versicherungsjahr nicht.

(7) Bei Neugeborenen beginnt der langfristige Versicherungsschutz ohne Risikozuschläge und ohne Wartezeiten ab Vollendung der Geburt, wenn am Tage der Geburt ein Elternteil mindestens drei Monate beim Versicherer versichert ist und die Anmeldung zur Versicherung spätestens zwei Monate nach dem Tage der Geburt rückwirkend erfolgt. Ab Geburt besteht in diesem Zusammenhang auch Versicherungsschutz für alle vor Vollendung der Geburt entstandenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Geburtsschäden sowie angeborene Krankheiten und Anomalien. Die monatlichen Beitragsraten sind erst vom auf die Geburt folgenden Monat an zu zahlen. Der Versicherungsschutz darf nicht höher

oder umfassender als der eines versicherten Elternteils sein.

(8) Der Geburt eines Kindes steht die Adoption gleich, sofern das Kind im Zeitpunkt der Adoption noch minderjährig ist. Mit Rücksicht auf ein erhöhtes Risiko ist die Vereinbarung eines Risikozuschlages bis zur einfachen Beitragshöhe zulässig.

§ 2a Anmeldung, Versicherungsbestätigung

(1) Die Anmeldung zur Gruppenversicherung übernimmt der Versicherungsnehmer. Die Anmeldung erfolgt gesondert für:

a) Kurzfristige Auslandsaufenthalte

Der Versicherungsnehmer verpflichtet sich, die Summe der zu versichernden Reisetage dem Versicherer anzugeben. Dem Versicherer wird dabei das Recht eingeräumt, die Angaben gegebenenfalls anhand der Aufzeichnungen des Versicherungsnehmers nachzuprüfen.

b) Langfristige Auslandsaufenthalte

Der Versicherungsnehmer verpflichtet sich, zu versichernde Auslandsaufenthalte dem Versicherer mit Angabe des Versicherungsbeginns auf dem vom Versicherer zur Verfügung gestellten und dafür bestimmten Meldeblatt anzuzeigen.

(2) Die Anmeldungen für den laufenden Monat müssen dem Versicherer spätestens am letzten Tag des Folgemonats zugegangen sein. Die Folgen einer verspäteten Anmeldung für den Versicherungsbeginn und den Beginn des Versicherungsschutzes sind in § 2 Nr. 4 geregelt. Besondere Vereinbarungen bezüglich des Meldeverfahrens sind möglich.

(3) Stellt sich erst im Laufe eines als kurzfristig vorgesehenen und erfassten Auslandsaufenthaltes heraus, dass der Aufenthalt länger dauert, so ist der Aufenthalt als langfristiger Auslandsaufenthalt nachzumelden. Die bereits entrichteten Beiträge werden entsprechend angerechnet.

(4) Ist im Gruppenversicherungsvertrag eine Gesundheitsprüfung vorgesehen, wird für die nach § 1 Nr. 2 ausgeschlossenen Versicherungsfälle der Versicherungsschutz durch die Abgabe einer Gesundheitserklärung in der Anmeldung beantragt. Sofern diese Versicherungsfälle versicherbar sind, können für deren

Mitversicherung besondere Bedingungen (z. B. Risikozuschläge, Höchstbeträge oder Leistungseinschränkungen) vereinbart werden. Die auf dem Formblatt des Versicherers gestellten Fragen zu den Gesundheitsverhältnissen sind vollständig zu beantworten.

(5) Der Versicherer stellt bei der langfristigen Auslands-
krankenversicherung auf Wunsch für jeden Hauptversicherten eine Versicherungsbestätigung aus.

§ 3 Wartezeiten

Auf Wartezeiten wird verzichtet, soweit der Tarif nichts anderes vorsieht.

§ 4 Umfang der Leistungspflicht

(1) Art und Höhe der Versicherungsleistungen ergeben sich aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen, dem Tarif und gegebenenfalls gesondert getroffenen Vereinbarungen.

(2) Der versicherten Person steht die Wahl unter den Ärzten und Zahnärzten, Krankenhausambulanzen und Medizinischen Versorgungszentren zur ambulanten Heilbehandlung sowie im Tarif aufgeführten Leistungserbringern frei, die nach dem für das jeweilige Aufenthaltsland geltenden Recht zur Heilbehandlung zugelassen sind. Es dürfen auch Heilpraktiker im Sinne des deutschen Heilpraktikergesetzes in Anspruch genommen werden.

(3) Sofern ein Tarif Leistungen für Heilmittel vorsieht, müssen diese von Ärzten, Heilpraktikern oder Angehörigen von Heil-/Hilfsberufen (wie Masseur, Krankengymnasten, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen, Diätassistenten, Oecotrophologen, Ernährungswissenschaftler) erbracht werden, sofern diese nach dem für das jeweilige Aufenthaltsland geltende Recht zur Heilbehandlung zugelassen sind.

(3a) Sofern ein Tarif Leistungen für digitale Gesundheitsanwendungen vorsieht, muss eine solche Anwendung ein Medizinprodukt der Risikoklasse I, IIa oder IIb sein, deren Hauptfunktion wesentlich auf digitalen Technologien beruht und dazu bestimmt sein, bei den versicherten Personen oder in der Versorgung durch die in § 4 (3) genannten Leistungserbringer die Erkennung, Überwachung, Behandlung oder Linderung von Krankheiten oder die Erkennung, Behandlung, Linderung oder Kompensierung von Verletzungen oder Behinderungen zu unterstützen.

(4) Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel müssen von den in Nr. 2 genannten Behandelnden verordnet werden. Als Arzneimittel gelten auch bestimmte medikamenten-ähnliche Nährmittel, die zwingend erforderlich sind, um schwere gesundheitliche Schäden, z.B. bei Enzymmangelkrankheiten, Morbus Crohn und Mukoviszidose, zu vermeiden und die insbesondere enteral oder parenteral verabreicht werden.

(5) Bei medizinisch notwendiger stationärer Heilbehandlung hat die versicherte Person freie Wahl unter den öffentlichen und privaten Krankenhäusern, die unter ständiger ärztlicher Leitung stehen, über ausreichende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen und Krankengeschichten führen. Hierzu zählen auch Militärkrankenhäuser. Sofern der Tarif dies vorsieht, ist vom Versicherungsschutz auch eine nach ärztlichem Befund verordnete, im unmittelbaren Zusammenhang mit einer stationären Heilbehandlung medizinisch notwendige, ambulante oder stationäre Anschlussheilbehandlung umfasst.

(6) Für medizinisch notwendige stationäre Heilbehandlung in Krankenanstalten, die auch Kuren bzw. Sanatoriumsbehandlung durchführen oder Rekonvaleszenten aufnehmen, im Übrigen aber die Voraussetzung von Nr. 4 erfüllen, werden die tariflichen Leistungen nur dann gewährt, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.

Bei Tbc-Erkrankungen wird in vertraglichem Umfang auch für die stationäre Behandlung in Tbc-Heilstätten und -Sanatorien geleistet. Als Sanatorien gelten Anstalten, die unter der verantwortlichen Leitung und Aufsicht eines ständig dort anwesenden Arztes stehen und in denen Kurbehandlungen stationär durchgeführt werden. Für die Erstattung von Sanatoriumskosten, soweit der Tarif Leistungen hierfür vorsieht, ist Voraussetzung, dass die medizinische Notwendigkeit durch ein ärztliches Attest nachgewiesen und vom Versicherer anerkannt wird.

Eine schriftliche Leistungszusage ist nicht erforderlich, a) wenn es sich um eine Notfalleinweisung handelt bzw. wenn die Krankenanstalt das einzige Versorgungskrankenhaus in der Umgebung des Versicherten ist und ausschließlich medizinisch notwendige Heilbehandlungen durchgeführt werden sollen, die eine stationäre Aufnahme und Therapie erfordern, oder

b) wenn während des Aufenthaltes in der Krankenanstalt ein Unfall oder eine akute Erkrankung eintritt, solange dieses Ereignis unabhängig vom eigentlichen Behandlungszweck eine medizinisch notwendige stationäre Heilbehandlung erfordert, oder

c) wenn es sich um eine medizinisch notwendige stationäre Heilbehandlung zum Zwecke eines operativen Eingriffs handelt, oder

d) für die ersten 3 Wochen einer medizinisch notwendigen Anschlussheilbehandlung (AHB), welche innerhalb von 28 Tagen nach einer stationären Akutbehandlung beginnt. In Deutschland muss darüber hinaus die AHB in einer Einrichtung erfolgen, welche von einem gesetzlichen Rehabilitationsträger für die jeweilige AHB zugelassen ist. Weitere Voraussetzung ist, dass ein Antrag auf Leistungen bei einem gesetzlichen Rehabilitationsträger, sofern ein solcher im jeweiligen Aufenthaltsland existiert und dieser dem Grunde nach leistungspflichtig ist, vor Beginn der AHB schriftlich gestellt und beschieden wurde. Soweit dabei Leistungen bewilligt werden, sind diese vorrangig in Anspruch zu nehmen.

(7) Der Versicherer leistet im vertraglichen Umfang für Untersuchungs- oder Behandlungsmethoden und Arzneimittel, die von der Schulmedizin überwiegend anerkannt sind. Er leistet darüber hinaus für Methoden und Arzneimittel, die sich in der Praxis als ebenso Erfolg versprechend bewährt haben oder die angewandt werden, weil keine schulmedizinischen Methoden oder Arzneimittel zur Verfügung stehen; der Versicherer kann jedoch seine Leistungen auf den Betrag herabsetzen, der bei der Anwendung vorhandener schulmedizinischer Methoden oder Arzneimittel angefallen wäre.

(8) Die Kosten für die Unterbringung, Verpflegung und Pflege des gesunden Neugeborenen sind bei Nachversicherung gemäß § 2 Nr. 7 mitversichert – mit Ausnahme eines Krankenhaustagesgeldes.

(9) Die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung erfolgt nach Maßgabe der Satzung.

(10) Vor Beginn einer Heilbehandlung, deren Kosten voraussichtlich 2.000 € überschreiten werden, kann die versicherte Person in Textform Auskunft über den Umfang des Versicherungsschutzes für die beabsichtigte Heilbehandlung verlangen. Der Versicherer erteilt die Auskunft spätestens nach vier Wochen; ist die Durchführung der Heilbehandlung dringend, wird die Auskunft unverzüglich, spätestens nach zwei Wochen erteilt. Der Versicherer geht dabei auf einen vorgelegten Kostenvoranschlag und andere Unterlagen ein. Die Frist beginnt mit Eingang des Auskunftsverlangens beim Versicherer. Ist die Auskunft innerhalb der Frist nicht erteilt, wird bis zum Beweis des Gegenteils durch den Versicherer vermutet, dass die beabsichtigte medizinische Heilbehandlung notwendig ist.

(11) Der Versicherer gibt auf Verlangen des Hauptversicherten oder der versicherten Person Auskunft über und Einsicht in Gutachten oder Stellungnahmen, die der Versicherer bei der Prüfung der Leistungspflicht über die Notwendigkeit einer medizinischen Behandlung eingeholt hat. Wenn der Auskunft an oder der Einsicht durch den Hauptversicherten oder die versicherte Person erhebliche therapeutische Gründe oder sonstige erhebliche Gründe entgegenstehen, kann nur verlangt werden, einem benannten Arzt oder Rechtsanwalt Auskunft oder Einsicht zu geben. Der Anspruch kann nur von der jeweils betroffenen Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter geltend gemacht werden. Hat die versicherte Person das Gutachten oder die Stellungnahme auf Veranlassung des Versicherers eingeholt, erstattet der Versicherer die entstandenen Kosten.

§ 5 Einschränkung der Leistungspflicht

(1) Keine Leistungspflicht besteht

a) für solche Krankheiten einschließlich ihrer Folgen sowie für Folgen von Unfällen und für Todesfälle, die durch aktive Teilnahme an Kriegsereignissen und Unruhen verursacht oder als Wehrdienstbeschädigung anerkannt und nicht ausdrücklich in den Versicherungsschutz eingeschlossen sind; ferner durch berufsmäßige Teilnahme an Wettkämpfen – und deren Vorbereitung – die von Verbänden und Vereinen veranstaltet werden;

b) für auf Vorsatz beruhende Krankheiten und Unfälle, einschließlich deren Folgen, sowie für Entziehungsmaßnahmen, einschließlich Entziehungskuren.

Sofern die versicherte Person keinen anderweitigen Anspruch auf Kostenerstattung oder Sachleistung hat, wird abweichend in Tarifen mit Leistungen für allgemeine Krankenhausleistungen bei den ersten drei Entziehungsmaßnahmen (ambulante oder stationäre Entwöhnungsbehandlungen bzw. Entziehungskuren) für stoffgebundene Suchterkrankungen geleistet, wenn

die stationäre Entziehungsmaßnahme in einer durch einen gesetzlichen Rehabilitationsträger für die jeweilige Entziehungsmaßnahme zugelassenen Einrichtung, sofern ein gesetzlicher Rehabilitationsträger im Ausland vorhanden ist,

- die ambulante Entziehungsmaßnahme durch fachlich geeignete Dienste und Einrichtungen
- erfolgt und der Versicherer vor Beginn der Maßnahme die Leistung schriftlich zugesagt hat.

Keine Leistungspflicht besteht bei Entziehungsmaßnahmen aufgrund von Nikotinsucht.

Die Zusage kann von einer Begutachtung über die Erfolgsaussicht durch einen vom Versicherer bestimmten Arzt abhängig gemacht werden. Bei stationären Entziehungsmaßnahmen ist der Versicherer unabhängig vom versicherten Stationärtarif nur für allgemeine Krankenhausleistungen leistungspflichtig.

Bei der ersten Entziehungsmaßnahme sind 100% der tariflichen Leistung erstattungsfähig. Bei der zweiten und dritten Entziehungsmaßnahme sind 80% der tariflichen Leistung erstattungsfähig. Die verbleibenden 20% sind nach der Beendigung der Maßnahme erstattungsfähig, wenn die Beendigung weder aus disziplinarischen Gründen noch vorzeitig ohne ärztliches Einverständnis erfolgte.

c) für Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte, Heilpraktiker und in Krankenanstalten, deren Rechnungen der Versicherer aus wichtigem Grunde von der Erstattung ausgeschlossen hat, wenn der Versicherungsfall nach der Benachrichtigung des Versicherungsnehmers über den Leistungsausschluss eintritt. Sofern im Zeitpunkt der Benachrichtigung ein Versicherungsfall schwebt, besteht keine Leistungspflicht für die nach Ablauf von drei Monaten seit der Benachrichtigung entstandenen Aufwendungen; dies gilt entsprechend für alle anderen in diesen Bedingungen und im Tarif genannten Leistungserbringer.

d) für Kur- und Sanatoriumsbehandlung sowie für Rehabilitationsmaßnahmen der gesetzlichen Rehabilitationsträger, wenn der Tarif nichts anderes vorsieht;

e) für ambulante Heilbehandlung in einem Heilbad oder Kurort

- während eines Kur- oder Sanatoriumsaufenthaltes;
- während eines Aufenthaltes, der zur Behandlung von Erkrankungen und Unfallfolgen dient, die außerhalb des Heilbades oder Kurortes eingetreten sind. Die Einschränkung entfällt, wenn für die versicherte Person durch eine Erkrankung, die mit dem Krankheitsbild, das den Aufenthalt in dem Heilbad oder Kurort veranlasst hat, in keinem inneren Zusammenhang steht, oder durch einen dort eingetretenen Unfall eine Heilbehandlung notwendig wird. Die Leistungspflicht besteht solange, wie nach medizinischem Befund die Rückkehr ausgeschlossen ist. Die Einschränkung entfällt gleichfalls, wenn die Heilbehandlung aufgrund des Wohnsitzes im Heilbad oder Kurort oder der direkten Nähe dazu in einem Heilbad oder Kurort erfolgt. Die Leistungseinschränkung gilt nicht, wenn und soweit der Versicherer Leistungen vor Beginn des Aufenthaltes schriftlich zugesagt hat;

f) für Behandlungen durch Ehegatten, Lebenspartner gemäß § 1 Partnerschaftsgesetz (siehe Anhang), Eltern oder Kinder; nachgewiesene Sachkosten werden tarifgemäß erstattet;

g) für eine durch Pflegebedürftigkeit oder Verwahrung bedingte Unterbringung.

(2) Übersteigt eine Heilbehandlung oder sonstige Maßnahme, für die Leistungen vereinbart sind, das medizinisch notwendige Maß, so kann der Versicherer seine Leistungen auf einen angemessenen Betrag herabsetzen. Stehen die Aufwendungen für die Heilbehandlung oder sonstigen Leistungen in einem auffälligen Missverhältnis zu den erbrachten Leistungen, ist der Versicherer insoweit nicht zur Leistung verpflichtet; es werden die Verhältnisse im jeweiligen Aufenthaltsland zugrunde gelegt.

(3) Besteht auch Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder der gesetzlichen Rentenversicherung, auf eine gesetzliche Heilfürsorge oder Unfallfürsorge, so ist der Versicherer, unbeschadet der Ansprüche des Hauptversicherten auf Krankenhaus-tagegeld, nur für die Aufwendungen leistungspflichtig,

welche trotz der gesetzlichen Leistungen notwendig bleiben.

(4) Hat der Versicherungsnehmer oder die versicherte Person wegen desselben Versicherungsfalles einen Anspruch gegen mehrere Erstattungsverpflichtete, darf die Gesamterstattung die Gesamtaufwendungen nicht übersteigen.

§ 6 Auszahlung der Versicherungsleistungen

(1) Der Versicherer ist zur Leistung nur verpflichtet, wenn die von ihm geforderten Nachweise erbracht sind; diese werden Eigentum des Versicherers.

(2) Im Übrigen ergeben sich die Voraussetzungen für die Fälligkeit der Leistungen des Versicherers aus § 14 VVG (siehe Anhang).

(3) Der Versicherer ist verpflichtet, an die versicherte Person zu leisten, wenn der Versicherungsnehmer ihm diese in Textform als Empfangsberechtigte für deren Versicherungsleistungen benannt hat. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, kann nur der Versicherungsnehmer die Leistung verlangen.

(4) Die in einer Fremdwährung entstandenen Kosten werden zum aktuellen Kurs des Tages, an dem die Belege beim Versicherer eingehen, in Euro umgerechnet. Als Kurs des Tages gilt der offizielle Euro-Wechselkurs der Europäischen Zentralbank. Für nicht gehandelte Währungen, für die keine Referenzkurse festgelegt werden, gilt der Kurs gemäß "Devisenkursstatistik", Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main, nach jeweils neuestem Stand, es sei denn, die versicherte Person weist nach, dass die zur Bezahlung der Rechnung notwendigen Devisen zu einem ungünstigeren Kurs erworben wurden und dies durch eine Änderung der Währungsparitäten bedingt war.

(5) Von den Leistungen können Mehrkosten abgezogen werden, die dadurch entstehen, dass der Versicherer Überweisungen in das Ausland vornimmt oder auf Verlangen des Versicherungsnehmers besondere Überweisungsformen wählt.

(6) Ansprüche auf Versicherungsleistungen können weder abgetreten noch verpfändet werden. Das Abtretungsverbot nach Satz 1 gilt nicht für ab dem 1. Oktober 2021 abgeschlossene Versicherungsverhältnisse; gesetzliche Abtretungsverbote bleiben unberührt.

(7) Die Rechnungen sind im Original einzureichen. Sie müssen die Namen der behandelten Personen, die Bezeichnung der Krankheiten, die Behandlungsdaten und die Angabe der einzelnen Leistungen enthalten. Besteht noch eine anderweitige Versicherung, so werden auch Duplikatrechnungen anerkannt, auf denen die Leistungen des anderen Versicherungsträgers bestätigt sind. Ferner werden sie anerkannt bei Ländern, in denen die Originale einbehalten werden.

(8) Für die Erstattung folgender Kosten ist neben der Originalrechnung mit vorzulegen:

a) bei Rücktransport eine ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit des Rücktransports ins Inland oder in das Land, in dem sich der Hauptversicherte im Auftrag seines Arbeitgebers aufhält;

b) bei Überführung aus dem Ausland oder Bestattung im Ausland eine ärztliche Bescheinigung über die Todesursache;

c) bei Blutkonserventransport eine ärztliche Bescheinigung über die medizinische Notwendigkeit der Operation und der Blutkonserven.

(9) Aufwendungen für Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel werden nur erstattet, wenn die entsprechenden Rechnungen zusammen mit denen des Behandelnden vorgelegt werden.

(10) Die Rechnungen, die anlässlich von kurzfristigen Auslandsaufenthalten entstanden sind, sind dem Versicherer von dem bzw. über den Versicherungsnehmer mit der Bestätigung des betriebsbedingten Auslandsaufenthaltes einzureichen.

§ 7 Ende des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz endet – auch für schwebende Versicherungsfälle – mit der Beendigung des Versicherungsverhältnisses.

Die Pflichten des Versicherungsnehmers

§ 8 Beitragszahlung

(1) Der Beitrag ist in der langfristigen Auslandskranken-Gruppenversicherung ein Jahresbeitrag und wird vom Versicherungsbeginn an berechnet. Er ist zu Beginn eines jeden Versicherungsjahres zu entrichten, kann aber auch in gleichen monatlichen Beitragsraten gezahlt werden, die jeweils bis zur Fälligkeit der Beitragsrate als gestundet gelten. Die Beitragsraten sind am Ersten eines jeden Monats fällig. Wird der Jahresbeitrag während des Versicherungsjahres neu festgesetzt, so ist der Unterschiedsbetrag vom Änderungszeitpunkt an bis zum Beginn des nächsten Versicherungsjahres nachzuzahlen bzw. zurückzuzahlen.

(2) Bei jährlicher Beitragszahlung wird in der langfristigen Auslandskranken-Gruppenversicherung ein Beitragsnachlass (Skonto) von 3% gewährt.

(3) Kommt der Versicherungsnehmer mit der Zahlung einer Beitragsrate in Verzug, so werden die gestundeten Beitragsraten des laufenden Versicherungsjahres fällig. Sie gelten jedoch erneut als gestundet, wenn der rückständige Beitragsteil einschließlich der Beitragsrate für den am Tage der Zahlung laufenden Monat und die Mahnkosten entrichtet sind.

(4) Die nicht rechtzeitige Zahlung des Erstbeitrages oder eines Folgebeitrages kann unter den Voraussetzungen der §§ 37 und 38 VVG (siehe Anhang) zum Verlust des Versicherungsschutzes führen. Ist ein Beitrag bzw. eine Beitragsrate nicht rechtzeitig gezahlt und wird der Versicherungsnehmer in Textform gemahnt, so ist er zur Zahlung der Mahnkosten verpflichtet, deren Höhe sich aus dem Tarif ergibt.

(5) Wird das Versicherungsverhältnis vor Ablauf der Vertragslaufzeit beendet, steht dem Versicherer für diese Vertragslaufzeit nur derjenige Teil des Beitrags bzw. der Beitragsrate zu, der dem Zeitraum entspricht, in dem der Versicherungsschutz bestanden hat. Wird das Versicherungsverhältnis durch Rücktritt auf Grund des § 19 Abs. 2 VVG (siehe Anhang) oder durch Anfechtung des Versicherers wegen arglistiger Täuschung beendet, steht dem Versicherer der Beitrag bzw. die Beitragsrate bis zum Wirksamwerden der Rücktritts- oder Anfechtungserklärung zu. Tritt der Versicherer zurück, weil der erste Beitrag bzw. die erste Beitragsrate nicht

rechtzeitig gezahlt wird, kann er eine angemessene Geschäftsgebühr verlangen.

(6) Die Beiträge bzw. Beitragsraten sind an die vom Versicherer zu bezeichnende Stelle zu entrichten.

(7) Für die Festsetzung der Beiträge gilt als Eintrittsalter der Unterschied zwischen dem Geburtsjahr und dem Kalenderjahr, in dem das Versicherungsverhältnis beginnt.

(8) Sofern der Tarif oder der Gruppenversicherungsvertrag nichts anderes vorsieht, zahlen Kinder den Beitrag für die Altersgruppe 0-16 bis zum Ende des Jahres, in dem das 16. Lebensjahr vollendet wird. Vom Beginn des nächsten Jahres an bis zum Ende des Jahres, in dem das 20. Lebensjahr vollendet wird, ist der Beitrag für die Altersgruppe 17-20 zu zahlen. Danach ist der Beitrag für das Alter 21 zu zahlen.

§ 8a Beitragsberechnung

(1) Die Berechnung der Beiträge erfolgt nach Maßgabe der Vorschriften des VAG und ist in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt.

(2) Bei einer Änderung der Beiträge, auch durch Änderung des Versicherungsschutzes, werden das Geschlecht und das (die) bei Inkrafttreten der Änderung erreichte tarifliche Lebensalter (Lebensaltersgruppe) der versicherten Person berücksichtigt; dies gilt in Ansehung des Geschlechts nicht für Tarife, deren Beiträge geschlechtsunabhängig erhoben werden. Dabei wird dem Eintrittsalter der versicherten Person dadurch Rechnung getragen, dass eine Alterungsrückstellung gemäß den in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegten Grundsätzen angerechnet wird. Eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Leistungen des Versicherers wegen des Älterwerdens der versicherten Person ist jedoch während der Dauer des Versicherungsverhältnisses ausgeschlossen, soweit eine Alterungsrückstellung zu bilden ist.

(3) Bei Beitragsänderungen kann der Versicherer auch besonders vereinbarte Risikozuschläge entsprechend ändern.

(4) Liegt bei Vertragsänderungen ein erhöhtes Risiko vor, steht dem Versicherer für den hinzukommenden Teil des Versicherungsschutzes zusätzlich zum Beitrag ein angemessener Zuschlag zu. Dieser bemisst sich nach

den für den Geschäftsbetrieb des Versicherers zum Ausgleich erhöhter Risiken maßgeblichen Grundsätzen.

(5) Zur Finanzierung einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter oder zur Vermeidung oder Begrenzung von Beitragserhöhungen werden der Alterungsrückstellung nach Maßgabe der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) (siehe Anhang § 150 VAG) zusätzliche Beträge zugeführt und verwendet.

(6) Als tariflich erreichtes Lebensalter gilt der Unterschied zwischen dem Geburtsjahr und dem Kalenderjahr, in dem die Änderung der Beiträge eintritt.

§ 8b Beitragsanpassung

(1) Im Rahmen der vertraglichen Leistungszusage können sich die Leistungen des Versicherers z.B. wegen steigender Heilbehandlungskosten, einer häufigeren Inanspruchnahme medizinischer Leistungen oder aufgrund steigender Lebenserwartung ändern. Dementsprechend vergleicht der Versicherer zumindest jährlich für jeden Tarif die erforderlichen mit den in den technischen Berechnungsgrundlagen kalkulierten Versicherungsleistungen und Sterbewahrscheinlichkeiten. Ergibt diese Gegenüberstellung für eine Beobachtungseinheit eines Tarifs eine Abweichung von mehr als dem gesetzlich oder tariflich festgelegten Vomhundertsatz, werden alle Beiträge dieser Beobachtungseinheit vom Versicherer überprüft und, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Treuhänders angepasst. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch eine betragsmäßig festgelegte Selbstbeteiligung angepasst und ein vereinbarter Risikozuschlag entsprechend geändert werden.

Ergibt die Gegenüberstellung gemäß Satz 2 eine Veränderung von mehr als 5% der in den technischen Berechnungsgrundlagen kalkulierten Versicherungsleistungen, so werden alle Tarifbeiträge dieser Beobachtungseinheit von dem Versicherer überprüft und, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Treuhänders angepasst.

Im Zuge einer Beitragsanpassung werden auch der für die Beitragsgarantie im Standardtarif erforderliche Zuschlag (§ 19 Abs. 1 Satz 2) sowie der für die Betragsbegrenzungen im Basistarif erforderliche Zuschlag (§ 20 Satz 2) mit den jeweils kalkulierten Zuschlägen verglichen, und, soweit erforderlich, angepasst.

In Tarifen, die die Bildung einer Alterungsrückstellung vorsehen, hängt die Beitragshöhe und die zu bildende Alterungsrückstellung von den eingerechneten Wahrscheinlichkeiten für das vorzeitige Versicherungsende (§ 14 Nr. 2) ab. Diese können sich durch nicht vorhersehbare Einflüsse verändern. Der Versicherer vergleicht daher zumindest jährlich für jede Altersgruppe eines Tarifs die erforderlichen mit den in den technischen Berechnungsgrundlagen kalkulierten Wahrscheinlichkeiten. Ergibt diese Gegenüberstellung in einer Altersgruppe eine zu hoch einkalkulierte Wahrscheinlichkeit, so kann der Versicherer alle Beiträge dieses Tarifs überprüfen und, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Treuhänders anpassen.

(2) Beitragsanpassungen sowie Änderungen von Selbstbeteiligungen und evtl. vereinbarten Risikozuschlägen werden zu Beginn des zweiten Monats wirksam, der auf die Benachrichtigung des Versicherungsnehmers folgt.

§ 9 Obliegenheiten

(1) Der Versicherungsnehmer wie auch die als empfangsberechtigt benannte versicherte Person (vgl. § 6 Nr. 3) haben auf Verlangen des Versicherers jede Auskunft zu erteilen, die zur Feststellung des Versicherungsfalles oder der Leistungspflicht des Versicherers und ihres Umfanges erforderlich ist.

(2) Auf Verlangen des Versicherers ist die versicherte Person verpflichtet, sich durch einen vom Versicherer beauftragten Arzt untersuchen zu lassen.

(3) Auf Verlangen ist dem Versicherer die Befugnis zu erteilen, alle zur Feststellung des Versicherungsfalles oder der Leistungspflicht des Versicherers und ihres Umfanges notwendigen Auskünfte bei Ärzten, Krankenhäusern und sonstige Krankenanstalten einzuholen; diese sind gleichzeitig insoweit von ihrer Schweigepflicht zu entbinden.

(4) Die versicherte Person hat nach Möglichkeit für die Minderung des Schadens zu sorgen und alle Handlungen zu unterlassen, die der Genesung hinderlich sind.

(5) Wird für eine versicherte Person bei einem weiteren Versicherer ein Krankheitskostenversicherungsvertrag abgeschlossen oder macht eine versicherte Person von der Versicherungsberechtigung in der gesetzlichen Krankenversicherung Gebrauch, sind der Versicherungsnehmer wie auch der Hauptversicherte verpflicht-

et, den Versicherer von der anderen Versicherung unverzüglich zu unterrichten.

§ 10 Folgen von Obliegenheitsverletzungen

(1) Der Versicherer ist mit den in § 28 Abs. 2 bis 4 VVG (siehe Anhang) vorgeschriebenen Einschränkungen ganz oder teilweise von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn eine der in § 9 Nr. 1 bis 5 genannten Obliegenheiten verletzt wird.

(2) Wird die in § 9 Nr. 5 genannte Obliegenheit verletzt, so kann der Versicherer ein Versicherungsverhältnis unter der Voraussetzung des § 28 Abs. 1 VVG (siehe Anhang) innerhalb eines Monats nach dem Bekanntwerden der Obliegenheitsverletzung ohne Einhaltung einer Frist auch kündigen.

(3) Die Kenntnis und das Verschulden des Hauptversicherten wie auch der mitversicherten Person stehen der Kenntnis und dem Verschulden des Versicherungsnehmers gleich.

§ 11 Obliegenheiten und Folgen bei Obliegenheitsverletzungen bei Ansprüchen gegen Dritte

(1) Hat der Versicherungsnehmer, der Hauptversicherte bzw. eine mitversicherte Person Ersatzansprüche gegen Dritte, so besteht, unbeschadet des gesetzlichen Forderungsüberganges gemäß § 86 VVG (siehe Anhang), die Verpflichtung, diese Ansprüche bis zur Höhe, in der aus dem Versicherungsvertrag Ersatz (Kostenerstattung sowie Sach- und Dienstleistung) geleistet wird, an den Versicherer schriftlich abzutreten.

(2) Der Versicherungsnehmer, der Hauptversicherte bzw. die mitversicherte Person hat seinen (ihren) Ersatzanspruch oder ein zur Sicherung dieses Anspruchs dienendes Recht unter Beachtung der geltenden Form- und Fristvorschriften zu wahren und bei dessen Durchsetzung durch den Versicherer soweit erforderlich mitzuwirken.

(3) Verletzt der Versicherungsnehmer, der Hauptversicherte bzw. eine mitversicherte Person vorsätzlich die in den Nr. 1 und 2 genannten Obliegenheiten, ist der Versicherer zur Leistung insoweit nicht verpflichtet, als er infolgedessen keinen Ersatz von dem Dritten erlangen kann. Im Falle einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit ist der Versicherer berechtigt, seine Leistung in einem der Schwere des Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen.

(4) Steht dem Versicherungsnehmer, dem Hauptversicherten bzw. einer mitversicherten Person ein Anspruch auf Rückzahlung ohne rechtlichen Grund gezahlter Entgelte gegen den Erbringer von Leistungen zu, für die der Versicherer auf Grund des Versicherungsvertrages Erstattungsleistungen erbracht hat, sind die Nr. 1 bis 3 entsprechend anzuwenden.

§ 12 Aufrechnung

Der Versicherungsnehmer oder der Hauptversicherte kann gegen Forderungen des Versicherers nur aufrechnen, soweit die Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Das Versicherungsende

§ 13 Abmeldung durch den Versicherungsnehmer

(1) Der Versicherungsnehmer kann das Versicherungsverhältnis zum Ende eines jeden Versicherungsjahres, frühestens aber zum Ablauf einer vereinbarten Vertragsdauer, mit einer Frist von drei Monaten aus dem Gruppenvertrag abmelden.

(2) Die Abmeldung kann auf einzelne versicherte Personen oder Tarife beschränkt werden.

(3) Wird eine versicherte Person kraft Gesetzes in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig, so kann der Versicherungsnehmer binnen drei Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht eine versicherte Person aus der Krankheitskostenversicherung oder aus einer dafür bestehenden Anwartschaftsversicherung rückwirkend zum Eintritt der Versicherungspflicht abmelden. Die Abmeldung ist unwirksam, wenn der Versicherungsnehmer den Eintritt der Versicherungspflicht nicht innerhalb von zwei Monaten nachweist, nachdem der Versicherer ihn hierzu in Textform aufgefordert hat, es sei denn, der Versicherungsnehmer hat die Versäumung dieser Frist nicht zu vertreten. Macht der Versicherungsnehmer von diesem Recht Gebrauch, steht dem Versicherer der Beitrag nur bis zum Zeitpunkt des Eintritts der Versicherungspflicht zu. Später kann der Versicherungsnehmer die Krankheitskostenversicherung oder eine dafür bestehende Anwartschaftsversicherung zum Ende des Monats abmelden, in dem er den Eintritt der Versicherungspflicht nachweist. Dem Versicherer steht der Beitrag bis zum Ende des Versicherungs-

vertrages zu. Der Versicherungspflicht steht gleich der gesetzliche Anspruch auf Familienversicherung oder der nicht nur vorübergehende Anspruch auf Heilfürsorge aus einem beamtenrechtlichen oder ähnlichen Dienstverhältnis.

Bei einer entsprechenden Abmeldung verpflichtet sich der Versicherer zur Annahme einer Anmeldung auf Zusatzversicherung ohne erneute Risikoprüfung und ohne erneute Wartezeiten, soweit Zusatzversicherung und gesetzlicher Versicherungsschutz zusammen den bisherigen Leistungsumfang nicht übersteigen. Die Zusatzversicherung muss dabei in unmittelbarem Anschluss an die gekündigten Tarife beginnen und die Anmeldung zugleich mit der Abmeldung gestellt werden.

Bei fristgerechter Abmeldung endet die Krankheitskostenversicherung hinsichtlich der betroffenen versicherten Personen und der betroffenen versicherten Tarife technisch zum Ende des Monats, in dem die Versicherungspflicht eingetreten ist. Die Regelung gilt entsprechend, wenn für eine versicherte Person infolge Versicherungspflicht kraft Gesetzes Anspruch auf Familienhilfe erlangt wird. Die Beitragsanteile, die auf die Zeit ab Eintritt der Versicherungspflicht bis zur technischen Beendigung des Vertrages entfallen, werden zurückgezahlt bzw. bei Weiterbestehen einer Krankenversicherung mit künftigen Beiträgen verrechnet. Die Versicherung endet dann – auch für schwebende Versicherungsfälle – mit dem Zeitpunkt des Eintritts der Versicherungspflicht; hierauf wird der Versicherungsnehmer in der Abmeldungsbestätigung vom Versicherer hingewiesen.

(4) Hat eine Vereinbarung im Versicherungsvertrag zur Folge, dass bei Erreichen eines bestimmten Lebensalters oder bei Eintritt anderer dort genannter Voraussetzungen der Beitrag für ein anderes Lebensalter oder eine andere Altersgruppe gilt oder der Beitrag unter Berücksichtigung einer Alterungsrückstellung berechnet wird, kann der Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis hinsichtlich der betroffenen versicherten Person binnen zwei Monaten nach der Änderung zum Zeitpunkt deren In-Kraft-Tretens abmelden, wenn sich der Beitrag durch die Änderung erhöht.

(5) Erhöht der Versicherer die Beiträge aufgrund einer Beitragsanpassungsklausel oder vermindert er

seine Leistungen gemäß § 18 Nr. 1, so kann der Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis hinsichtlich der betroffenen versicherten Person innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Änderungsmitteilung zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung abmelden. Bei einer Beitragserhöhung kann der Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis auch bis und zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Erhöhung abmelden.

(6) Der Versicherungsnehmer kann, sofern der Versicherer die Anfechtung, den Rücktritt oder die Kündigung nur für einzelne versicherte Personen oder Tarife erklärt, innerhalb von zwei Wochen nach Zugang dieser Erklärung die Aufhebung des übrigen Teils der Versicherung zum Schluss des Monats verlangen, in dem ihm die Erklärung des Versicherers zugegangen ist, bei Kündigung zu dem Zeitpunkt, in dem diese wirksam wird.

(7) Bei Abmeldung einer substitutiven Krankheitskostenvollversicherung und gleichzeitigem Abschluss eines neuen substitutiven Vertrages (§ 195 Abs. 1 VVG – siehe Anhang) kann der Versicherungsnehmer verlangen, dass der Versicherer die kalkulierte Alterungsrückstellung der versicherten Person in Höhe des nach dem 31. Dezember 2008 ab Beginn der Versicherung im jeweiligen Tarif aufgebauten Übertragungswertes nach Maßgabe von § 146 Abs. 1 Nr. 5 VAG (siehe Anhang) auf deren neuen Versicherer überträgt. Dies gilt nicht für vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge.

Für Versicherungsverträge der substitutiven Krankenversicherung, die vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossen worden sind, gilt folgendes: Der Versicherungsnehmer kann verlangen, dass der Versicherer die kalkulierten Alterungsrückstellungen der versicherten Person in Höhe des Teils der Versicherung, dessen Leistungen dem Basistarif entsprechen, auf deren neuen Versicherer überträgt, wenn die versicherte Person in den Basistarif des neuen Versicherers wechselt und die Abmeldung des bestehenden Versicherungsverhältnisses in der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2009 zum nächstmöglichen Termin erklärt wird.

(8) Bestehen bei Beendigung des Versicherungsverhältnisses Beitragsrückstände, kann der Versicherer

den vorhandenen Übertragungswert bis zum vollständigen Beitragsausgleich zurückbehalten.

(9) Eine Abmeldung aus anderen als den in § 14 genannten Gründen ist nur wirksam, wenn der Abmeldende nachweist, dass die betroffenen Personen von der Abmeldung Kenntnis erlangt haben.

(10) Ein beendetes Versicherungsverhältnis kann unter Beibehaltung des ursprünglichen Eintrittsalters wieder in Kraft gesetzt werden, wenn der Gruppenversicherungsvertrag dies zulässt und dies innerhalb von sechs Monaten nach seiner Beendigung beantragt und die Wiederinkraftsetzung spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums wirksam wird. Zu diesem Zweck ist eine neue Anmeldung zur Gruppenversicherung vorzunehmen.

(11) Soweit die Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betrieben wird, haben der Versicherungsnehmer und die versicherten Personen das Recht, ein abgemeldetes Versicherungsverhältnis in Form einer Anwartschaftsversicherung fortzusetzen.

Diese Fortsetzung ist spätestens innerhalb von 2 Monaten nach Beendigung des Versicherungsverhältnisses zu beantragen. Die Fortsetzung erfolgt in unmittelbarem Anschluss an die bisherige Versicherung.

§ 14 Sonstige Beendigungsgründe

(1) Das Versicherungsverhältnis endet mit der Beendigung des Gruppenversicherungsvertrages.

(2) Das Versicherungsverhältnis endet hinsichtlich der betroffenen versicherten Personen darüber hinaus mit

a) dem Tod;

b) dem Ausscheiden aus dem versicherbaren Personenkreis;

c) der Beendigung des Auslandsaufenthaltes;

d) der Abmeldung aus dem Gruppenversicherungsvertrag zum Zweck der Weiterversicherung in der Einzelversicherung nach Tarifen, die dem Gruppen-

versicherungsvertrag nicht zugrunde liegen (z. B. im Standardtarif).

Betreffen die Beendigungsgründe den Hauptversicherten, so endet das Versicherungsverhältnis auch für die mitversicherten Personen.

(3) Der Versicherungsnehmer verpflichtet sich, das Versicherungsverhältnis nach den in Nr. 2 genannten Gründen abzumelden. Die Abmeldungen für den laufenden Monat müssen dem Versicherer spätestens am letzten Tag des Folgemonats zugegangen sein.

(4) Wird von der Weiterversicherung gemäß § 15 Gebrauch gemacht, endet die Versicherung erst mit dem Ende des Monats, in dem der Beendigungsgrund eintritt.

(5) Die Rechte des Versicherers gemäß § 19 Abs.2 bis 4 VVG bei schuldhafter Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht erlöschen nach Ablauf von 3 Jahren nach Eingang der Anmeldung bzw. Erhöhung des Versicherungsschutzes. Dies gilt nicht für Versicherungsfälle, die vor Ablauf dieser Frist eingetreten sind. Wurde die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt, beläuft sich die Frist auf 10 Jahre.

§ 15 Weiterversicherung

(1) Endet die Versicherung einzelner mitversicherter Personen, so haben diese das Recht, das Versicherungsverhältnis unter Benennung des künftigen Hauptversicherten im Gruppenversicherungsvertrag in unmittelbarem Anschluss fortzusetzen, sofern dort weiterhin die Versicherungsfähigkeit gegeben ist. Die Erklärung ist innerhalb zweier Monate nach der Beendigung des Versicherungsverhältnisses abzugeben.

(2) Endet die Versicherung einzelner versicherter Personen, so haben sie das Recht, die Versicherung – sofern die tariflichen Voraussetzungen dazu gegeben sind – nach den für Einzelversicherungen gültigen gleichartigen Tarifen des Versicherers in unmittelbarem Anschluss als Einzelversicherung fortzusetzen, wenn die Fortsetzung der Versicherung innerhalb zweier Monate nach dem Ausscheiden aus dem Gruppenversicherungsvertrag bei dem Versicherer beantragt wird. Ausgenommen von der Wei-

terversicherung nach Satz 1 sind Personen, die das Ende der Versicherung gemäß § 13 selbst bewirkt haben oder bei denen das Versicherungsverhältnis außerordentlich wegen Obliegenheitsverletzungen beendet wurde.

In den Fällen, in denen die Versicherung durch Kündigung wegen Zahlungsverzugs des Hauptversicherten endet, steht das Weiterversicherungsrecht nach Satz 1 nur den mitversicherten Personen zu.

(3) In den Fällen, in denen die Versicherung durch Kündigung wegen Zahlungsverzugs des Hauptversicherten endet, enden die Weiterversicherungsrechte nach Nr. 1 und Nr. 2 erst zwei Monate nachdem die mitversicherten Personen von der Kündigung und ihrem Recht auf Fortsetzung Kenntnis erlangt haben.

(4) Bei der Umwandlung in eine Einzelversicherung wird die Zeit, während der die versicherte Person im Rahmen dieses Gruppenversicherungsvertrages ununterbrochen versichert war, auf etwaige Wartezeiten oder Fristen der Einzelversicherung angerechnet. Die erworbenen Rechte bleiben erhalten; eine etwa nach den technischen Berechnungsgrundlagen gebildete Rückstellung für das mit dem Alter der versicherten Person wachsende Wagnis (Alterungsrückstellung) wird nach Maßgabe dieser Berechnungsgrundlagen angerechnet. Soweit der neue Versicherungsschutz höher oder umfassender ist, kann insoweit ein Risikozuschlag verlangt oder ein Leistungsausschluss erklärt werden.

(5) Wurde für die Dauer des Versicherungsschutzes im Gruppenversicherungsvertrag auf sonst erforderliche besondere Bedingungen (z.B. Risikozuschlag, Leistungsausschluss, Verzicht auf Zahnstafel, Leistungseinschränkung) verzichtet, so werden diese nach dem Wechsel in die Einzelversicherung wirksam. Darüber hinaus wird eine Gesundheitsprüfung zum Zeitpunkt der Weiterversicherung rückwirkend zum Beginn der Versicherung durchgeführt, sofern Vorerkrankungen während der Zeit der Teilnahme am Gruppenversicherungsvertrag pauschal mitversichert waren.

(6) Wird ein Gruppenversicherungsvertrag durch den Versicherer gekündigt, einvernehmlich aufgehoben oder endet der Gruppenversicherungsvertrag

wegen Unterschreitens der im Gruppenversicherungsvertrag vereinbarten Mindestpersonenzahl, so haben die versicherten Personen das Recht, das Versicherungsverhältnis unter Anrechnung der aus dem Vertrag erworbenen Rechte und der Alterungsrückstellung, soweit eine solche gebildet wird, zu den Bedingungen der Einzelversicherung fortzusetzen. Dies gilt auch bei einer Kündigung durch den Versicherungsnehmer, wenn kein neuer Versicherungsnehmer benannt wird. Die versicherten Personen werden vom Versicherer über diese Kündigung, Aufhebung oder Beendigung und das Weiterversicherungsrecht in Textform informiert. Das Weiterversicherungsrecht endet zwei Monate nach dem Zeitpunkt, zu dem die versicherte Person von ihm Kenntnis erlangt hat.

(7) Für die Weiterversicherung nach dem Standardtarif gelten die Ausführungen in § 19 zum Wechseln in den Standardtarif.

(8) Für die Weiterversicherung nach dem Basistarif gelten die Ausführungen in § 20 zum Wechseln in den Basistarif.

Sonstige Bestimmungen

§ 16 Willenserklärungen und Anzeigen

Willenserklärungen und Anzeigen gegenüber dem Versicherer bedürfen der Textform.

§ 17 Gerichtsstand

(1) Für Klagen aus dem Versicherungsverhältnis gegen den Hauptversicherten ist das Gericht des Ortes zuständig, an dem der Hauptversicherte seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Klagen des Hauptversicherten gegen den Versicherer können bei dem Gericht am Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Hauptversicherten oder bei dem Gericht am Sitz des Versicherers anhängig gemacht werden.

(3) Verlegt der Hauptversicherte nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einen Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, oder ist sein Wohnsitz oder

gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt, ist das Gericht am Sitz des Versicherers zuständig.

(4) § 17 Nr. 3 gilt nicht, sofern die Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes nach Vertragsschluss in die Schweiz erfolgt.

(5) Klagen gegen den Versicherer können vom Versicherungsnehmer bei dem Gericht am Sitz des Versicherers anhängig gemacht werden.

(6) Für Klagen aus dem Versicherungsverhältnis gegen den Versicherungsnehmer ist das Gericht des Ortes zuständig, an dem der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz oder den Sitz oder die Niederlassung seines Geschäfts- oder Gewerbebetriebes hat.

§ 18 Änderungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen

(1) Bei einer nicht nur als vorübergehend anzusehenden Veränderung der Verhältnisse des Gesundheitswesens können die Allgemeinen Versicherungsbedingungen und die Tarifbestimmungen den veränderten Verhältnissen angepasst werden, wenn die Änderungen zur hinreichenden Wahrung der Belange der Versicherungsnehmer erforderlich erscheinen und ein unabhängiger Treuhänder die Voraussetzungen für die Änderungen überprüft und ihre Angemessenheit bestätigt hat. Die Änderungen werden zu Beginn des zweiten Monats wirksam, der auf die Mitteilung der Änderungen und der hierfür maßgeblichen Gründe an den Versicherungsnehmer folgt.

(2) Ist eine Bestimmung in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen durch höchstrichterliche Entscheidung oder durch einen bestandskräftigen Verwaltungsakt für unwirksam erklärt worden, kann sie der Versicherer durch eine neue Regelung ersetzen, wenn dies zur Fortführung des Vertrags notwendig ist oder wenn das Festhalten an dem Vertrag ohne neue Regelung für eine Vertragspartei auch unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Vertragspartei eine unzumutbare Härte darstellen würde. Die neue Regelung ist nur wirksam, wenn sie unter Wahrung des Vertragsziels die Belange der Versicherungsnehmer angemessen berücksichtigt. Sie wird zwei Wochen, nachdem die neue Regelung und die hierfür maßgeblichen Gründe dem Versicherungsnehmer mitgeteilt worden sind, Vertragsbestandteil.

§ 19 Wechsel in den Standardtarif

(1) Der Versicherungsnehmer kann verlangen, dass versicherte Personen seines Vertrages, die die in § 257 Abs. 2a Nr. 2, 2a und 2b SGB V in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung (siehe Anhang) genannten Voraussetzungen erfüllen, in den Standardtarif mit Höchstbeitragsgarantie wechseln können. Zur Gewährleistung dieser Beitragsgarantie wird der in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegte Zuschlag erhoben. Neben dem Standardtarif darf gemäß Nr. 1 Abs. 5 und Nr. 9 der Tarifbedingungen für den Standardtarif für eine versicherte Person keine weitere Krankheitskosten- oder –vollversicherung bestehen. Der Wechsel ist jederzeit nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen möglich; die Versicherung im Standardtarif beginnt zum Ersten des Monats, der auf den Antrag des Versicherungsnehmers auf Wechsel in den Standardtarif folgt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für ab dem 1. Januar 2009 begründete Versicherungsverhältnisse.

§ 20 Wechsel in den Basistarif

Der Versicherungsnehmer kann verlangen, dass versicherte Personen seines Vertrages in den Basistarif mit Höchstbeitragsgarantie und Beitragsminderung bei Hilfebedürftigkeit wechseln können, wenn der erstmalige Abschluss der bestehenden substitutiven Krankheitskostenvollversicherung ab dem 1. Januar 2009 erfolgte oder die versicherte Person das 55. Lebensjahr vollendet hat oder das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, aber die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt und diese Rente beantragt hat oder ein Ruhegehalt nach beamtenrechtlichen oder vergleichbaren Vorschriften bezieht oder hilfebedürftig nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ist. Zur Gewährleistung dieser Beitragsbegrenzungen wird der in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegte Zuschlag erhoben. § 19 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

Hinweis auf die Verbraucherschlichtungsstelle Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung

Hauptversicherte, die mit Entscheidungen des Versicherers nicht zufrieden sind, oder deren Verhandlungen mit dem Versicherer nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben, können sich an den Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung wenden.

Ombudsmann Private Kranken- und
Pflegeversicherung
Postfach 06 02 22
10052 Berlin
Internet: www.pkv-ombudsmann.de

Der Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung ist eine unabhängige und für Verbraucher kostenfrei arbeitende Schlichtungsstelle. Der Versicherer hat sich verpflichtet, an dem Schlichtungsverfahren teilzunehmen.

Verbraucher, die ihren Vertrag online (z. B. über eine Webseite) abgeschlossen haben, können sich mit ihrer Beschwerde auch online an die Plattform <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> wenden. Ihre Beschwerde wird dann über diese Plattform an den Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung weitergeleitet.

Hinweis: Der Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung ist keine Schiedsstelle und kann einzelne Streitfälle nicht verbindlich entscheiden.

Hinweis auf die Versicherungsaufsicht

Sind Hauptversicherte oder Versicherungsnehmer mit der Betreuung durch den Versicherer nicht zufrieden oder treten Meinungsverschiedenheiten bei der Vertragsabwicklung auf, können sie sich auch an die für den Versicherer zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Als Versicherungsunternehmen unterliegt der Versicherer der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
(BaFin)
Sektor Versicherungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
E-Mail: poststelle@bafin.de

Hinweis: Die BaFin ist keine Schiedsstelle und kann einzelne Streitfälle nicht verbindlich entscheiden.

Hinweis auf den Rechtsweg

Unabhängig von der Möglichkeit, sich an die Verbraucherschlichtungsstelle oder die Versicherungsaufsicht zu wenden, steht dem Hauptversicherten oder Versicherungsnehmer der Rechtsweg offen.

Anhang – Auszug aus den Gesetzen

Versicherungsvertragsgesetz [VVG]

§ 14 Fälligkeit der Geldleistung

(1) Geldleistungen des Versicherers sind fällig mit der Beendigung der zur Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs der Leistung des Versicherers notwendigen Erhebungen.

(2) Sind diese Erhebungen nicht bis zum Ablauf eines Monats seit der Anzeige des Versicherungsfalles beendet, kann der Versicherungsnehmer Abschlagszahlungen in Höhe des Betrags verlangen, den der Versicherer voraussichtlich mindestens zu zahlen hat. Der Lauf der Frist ist gehemmt, solange die Erhebungen infolge eines Verschuldens des Versicherungsnehmers nicht beendet werden können.

(3) Eine Vereinbarung, durch die der Versicherer von der Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen befreit wird, ist unwirksam.

§ 19 Anzeigepflicht

(1) Der Versicherungsnehmer hat bis zur Abgabe seiner Vertragserklärung die ihm bekannten Gefahrumstände, die für den Entschluss des Versicherers, den Vertrag mit dem vereinbarten Inhalt zu schließen, erheblich sind und nach denen der Versicherer in Textform gefragt hat, dem Versicherer anzuzeigen. Stellt der Versicherer nach der Vertragserklärung des Versicherungsnehmers, aber vor Vertragsannahme Fragen im Sinn des Satzes 1, ist der Versicherungsnehmer auch insoweit zur Anzeige verpflichtet.

(2) Verletzt der Versicherungsnehmer seine Anzeigepflicht nach Absatz 1, kann der Versicherer vom Vertrag zurücktreten.

(3) Das Rücktrittsrecht des Versicherers ist ausgeschlossen, wenn der Versicherungsnehmer die Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt hat. In diesem Fall hat der Versicherer das Recht, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zu kündigen.

(4) Das Rücktrittsrecht des Versicherers wegen grob fahrlässiger Verletzung der Anzeigepflicht und sein Kündigungsrecht nach Absatz 3 Satz 2 sind

ausgeschlossen, wenn er den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätte. Die anderen Bedingungen werden auf Verlangen des Versicherers rückwirkend, bei einer vom Versicherungsnehmer nicht zu vertretenden Pflichtverletzung ab der laufenden Versicherungsperiode Vertragsbestandteil.

(5) Dem Versicherer stehen die Rechte nach den Absätzen 2 bis 4 nur zu, wenn er den Versicherungsnehmer durch gesonderte Mitteilung in Textform auf die Folgen einer Anzeigepflichtverletzung hingewiesen hat. Die Rechte sind ausgeschlossen, wenn der Versicherer den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannte.

(6) Erhöht sich im Fall des Absatzes 4 Satz 2 durch eine Vertragsänderung die Prämie um mehr als 10 Prozent oder schließt der Versicherer die Gefahrsicherung für den nicht angezeigten Umstand aus, kann der Versicherungsnehmer den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung des Versicherers ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Der Versicherer hat den Versicherungsnehmer in der Mitteilung auf dieses Recht hinzuweisen.

§ 28 Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit

(1) Bei Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit, die vom Versicherungsnehmer vor Eintritt des Versicherungsfalles gegenüber dem Versicherer zu erfüllen ist, kann der Versicherer den Vertrag innerhalb eines Monats, nachdem er von der Verletzung Kenntnis erlangt hat, ohne Einhaltung einer Frist kündigen, es sei denn, die Verletzung beruht nicht auf Vorsatz oder auf grober Fahrlässigkeit.

(2) Bestimmt der Vertrag, dass der Versicherer bei Verletzung einer vom Versicherungsnehmer zu erfüllenden vertraglichen Obliegenheit nicht zur Leistung verpflichtet ist, ist er leistungsfrei, wenn der Versicherungsnehmer die Obliegenheit vorsätzlich verletzt hat. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit ist der Versicherer berechtigt, seine Leistung in einem der Schwere des Verschuldens des Versicherungsnehmers entsprechenden Verhältnis zu kürzen; die Beweislast für das Nichtvorliegen einer groben Fahrlässigkeit trägt der Versicherungsnehmer.

(3) Abweichend von Absatz 2 ist der Versicherer zur Leistung verpflichtet, soweit die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der Leistungspflicht des Versicherers ursächlich ist. Satz 1 gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer die Obliegenheit arglistig verletzt hat.

(4) Die vollständige oder teilweise Leistungsfreiheit des Versicherers nach Absatz 2 hat bei Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Auskunft- oder Aufklärungsobliegenheit zur Voraussetzung, dass der Versicherer den Versicherungsnehmer durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen hat.

(5) Eine Vereinbarung, nach welcher der Versicherer bei Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit zum Rücktritt berechtigt ist, ist unwirksam.

§ 37 Zahlungsverzug bei Erstprämie

(1) Wird die einmalige oder die erste Prämie nicht rechtzeitig gezahlt, ist der Versicherer, solange die Zahlung nicht bewirkt ist, zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt, es sei denn, der Versicherungsnehmer hat die Nichtzahlung nicht zu vertreten.

(2) Ist die einmalige oder die erste Prämie bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht gezahlt, ist der Versicherer nicht zur Leistung verpflichtet, es sei denn, der Versicherungsnehmer hat die Nichtzahlung nicht zu vertreten. Der Versicherer ist nur leistungsfrei, wenn er den Versicherungsnehmer durch gesonderte Mitteilung in Textform oder durch einen auffälligen Hinweis im Versicherungsschein auf diese Rechtsfolge der Nichtzahlung der Prämie aufmerksam gemacht hat.

§ 38 Zahlungsverzug bei Folgeprämie

(1) Wird eine Folgeprämie nicht rechtzeitig gezahlt, kann der Versicherer dem Versicherungsnehmer auf dessen Kosten in Textform eine Zahlungsfrist bestimmen, die mindestens zwei Wochen betragen muss. Die Bestimmung ist nur wirksam, wenn sie die rückständigen Beträge der Prämie, Zinsen und Kosten im Einzelnen beziffert und die Rechtsfolgen angibt, die nach den Absätzen 2 und 3 mit dem Fristablauf verbunden sind; bei zusammengefassten Verträgen sind die Beträge jeweils getrennt anzugeben.

(2) Tritt der Versicherungsfall nach Fristablauf ein und ist der Versicherungsnehmer bei Eintritt mit der Zahlung der Prämie oder der Zinsen oder Kosten in Verzug, ist der Versicherer nicht zur Leistung verpflichtet.

(3) Der Versicherer kann nach Fristablauf den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen, sofern der Versicherungsnehmer mit der Zahlung der geschuldeten Beträge in Verzug ist. Die Kündigung kann mit der Bestimmung der Zahlungsfrist so verbunden werden, dass sie mit Fristablauf wirksam wird, wenn der Versicherungsnehmer zu diesem Zeitpunkt mit der Zahlung in Verzug ist; hierauf ist der Versicherungsnehmer bei der Kündigung ausdrücklich hinzuweisen. Die Kündigung wird unwirksam, wenn der Versicherungsnehmer innerhalb eines Monats nach der Kündigung oder, wenn sie mit der Fristbestimmung verbunden worden ist, innerhalb eines Monats nach Fristablauf die Zahlung leistet; Absatz 2 bleibt unberührt.

§ 86 Übergang von Ersatzansprüchen

(1) Steht dem Versicherungsnehmer ein Ersatzanspruch gegen einen Dritten zu, geht dieser Anspruch auf den Versicherer über, soweit der Versicherer den Schaden ersetzt. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Versicherungsnehmers geltend gemacht werden.

(2) Der Versicherungsnehmer hat seinen Ersatzanspruch oder ein zur Sicherung dieses Anspruchs dienendes Recht unter Beachtung der geltenden Form- und Fristvorschriften zu wahren und bei dessen Durchsetzung durch den Versicherer soweit erforderlich mitzuwirken. Verletzt der Versicherungsnehmer diese Obliegenheit vorsätzlich, ist der Versicherer zur Leistung insoweit nicht verpflichtet, als er infolgedessen keinen Ersatz von dem Dritten erlangen kann. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit ist der Versicherer berechtigt, seine Leistung in einem der Schwere des Verschuldens des Versicherungsnehmers entsprechenden Verhältnis zu kürzen; die Beweislast für das Nichtvorliegen einer groben Fahrlässigkeit trägt der Versicherungsnehmer.

(3) Richtet sich der Ersatzanspruch des Versicherungsnehmers gegen eine Person, mit der er bei Eintritt des Schadens in häuslicher Gemeinschaft lebt, kann der Übergang nach Absatz 1 nicht geltend gemacht werden, es sei denn, diese Person hat den Schaden vorsätzlich verursacht.

§ 194 Anzuwendende Vorschriften

(1) Soweit der Versicherungsschutz nach den Grundsätzen der Schadensversicherung gewährt wird, sind die §§ 74 bis 80 und 82 bis 87 anzuwenden. Die §§ 23 bis 27 und 29 sind auf die Krankenversicherung nicht anzuwenden. § 19 Abs. 4 ist auf die Krankenversicherung nicht anzuwenden, wenn der Versicherungsnehmer die Verletzung der Anzeigepflicht nicht zu vertreten hat. Abweichend von § 21 Abs. 3 Satz 1 beläuft sich die Frist für die Geltendmachung der Rechte des Versicherers auf drei Jahre.

(2) Steht dem Versicherungsnehmer oder einer versicherten Person ein Anspruch auf Rückzahlung ohne rechtlichen Grund gezahlter Entgelte gegen den Erbringer von Leistungen zu, für die der Versicherer auf Grund des Versicherungsvertrags Erstattungsleistungen erbracht hat, ist § 86 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

(3) Die §§ 43 bis 48 sind auf die Krankenversicherung mit der Maßgabe anzuwenden, dass ausschließlich die versicherte Person die Versicherungsleistung verlangen kann, wenn der Versicherungsnehmer sie gegenüber dem Versicherer in Textform als Empfangsberechtigten der Versicherungsleistung benannt hat; die Benennung kann widerruflich oder unwiderruflich erfolgen. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, kann nur der Versicherungsnehmer die Versicherungsleistung verlangen. Einer Vorlage des Versicherungsscheins bedarf es nicht.

§ 195 Versicherungsdauer

(1) Die Krankenversicherung, die ganz oder teilweise den im gesetzlichen Sozialversicherungssystem vorgesehenen Kranken- oder Pflegeversicherungsschutz ersetzen kann (substitutive Krankenversicherung), ist vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 und der §§ 196 und 199 unbefristet. Wird die nicht substitutive Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betrieben, gilt Satz 1 entsprechend.

Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG]

§ 146 Substitutive Krankenversicherung

(1) Soweit die Krankenversicherung ganz oder teilweise den im gesetzlichen Sozialversicherungssystem vorgesehenen Kranken- oder Pflegeversicherungsschutz ersetzen kann (substitutive Krankenversicherung), darf sie im Inland vorbehaltlich des Absatzes 3 nur nach Art der Lebensversicherung betrieben werden, wobei

1. die Prämien auf versicherungsmathematischer Grundlage unter Zugrundelegung von Wahrscheinlichkeitstabellen und anderen einschlägigen statistischen Daten zu berechnen sind, insbesondere unter Berücksichtigung der maßgeblichen Annahmen zur Invaliditäts- und Krankheitsgefahr, zur Sterblichkeit, zur Alters- und Geschlechtsabhängigkeit des Risikos und zur Stornowahrscheinlichkeit sowie unter Berücksichtigung von Sicherheits- und sonstigen Zuschlägen sowie eines Rechnungszinses,

2. die Alterungsrückstellung nach § 341f des Handelsgesetzbuchs zu bilden ist,

3. in dem Versicherungsvertrag das ordentliche Kündigungsrecht des Versicherungsunternehmens ausgeschlossen sein muss, in der Krankentagegeldversicherung spätestens ab dem vierten Versicherungsjahr, sowie eine Erhöhung der Prämien vorbehalten sein muss,

4. dem Versicherungsnehmer in dem Versicherungsvertrag das Recht auf Vertragsänderungen durch Wechsel in andere Tarife mit gleichartigem Versicherungsschutz unter Anrechnung der aus der Vertragslaufzeit erworbenen Rechte und der Alterungsrückstellung einzuräumen ist,

5. in dem Versicherungsvertrag die Mitgabe des Übertragungswerts desjenigen Teils der Versicherung, dessen Leistungen dem Basistarif im Sinne des § 152 Absatz 1 entsprechen, bei Wechsel des Versicherungsnehmers zu einem anderen privaten Krankenversicherungsunternehmen vorzusehen ist; dies gilt nicht für vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge und

6. dem Interessenten vor Abschluss des Vertrags ein amtliches Informationsblatt der Bundesanstalt auszuhändigen ist, welches über die verschiedenen Prinzipien der gesetzlichen sowie der privaten Krankenversicherung aufklärt; der Empfang des Informationsblattes ist von dem Interessenten zu bestätigen.

(2) Auf die substitutive Krankenversicherung ist § 138 Absatz 2 entsprechend anzuwenden. Die Prämien für das Neugeschäft dürfen nicht niedriger sein als die Prämien, die sich im Altbestand für gleichaltrige Versicherte ohne Berücksichtigung ihrer Alterungsrückstellung ergeben würden. Satz 2 gilt nicht für einen Prämienunterschied, der sich daraus ergibt, dass die Prämien für das Neugeschäft geschlechtsunabhängig berechnet wurden.

(3) Substitutive Krankenversicherungen mit befristeten Vertragslaufzeiten nach § 195 Absatz 2 und 3 des Versicherungsvertragsgesetzes sowie Krankentagegeldversicherungen nach Vollendung des 65. Lebensjahres des Versicherten nach § 196 des Versicherungsvertragsgesetzes können ohne Alterungsrückstellung kalkuliert werden.

§ 150 Gutschrift zur Alterungsrückstellung; Direktgutschrift

(1) Das Versicherungsunternehmen hat den Versicherten in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankheitskosten- und freiwilligen Pflegekrankenversicherung (Pflegekosten- und Pflegeitagegeldversicherung) jährlich Zinserträge gutzuschreiben, die auf die Summe der jeweiligen zum Ende des vorherigen Geschäftsjahres vorhandenen positiven Alterungsrückstellung der betroffenen Versicherungen entfallen. Diese Gutschrift beträgt 90 Prozent der durchschnittlichen, über die rechnungsmäßige Verzinsung hinausgehenden Kapitalerträge (Überzins).

(2) Den Versicherten, die den Beitragszuschlag nach § 149 geleistet haben, ist bis zum Ende des Geschäftsjahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, von dem nach Absatz 1 ermittelten Betrag der Anteil, der auf den Teil der Alterungsrückstellung entfällt, der aus diesem Beitragszuschlag entstanden ist, jährlich in voller Höhe direkt gutzuschreiben. Der Alterungsrückstellung aller Versicherten sind von dem verbleibenden Betrag jährlich 50 Prozent direkt gutzuschreiben. Der Prozentsatz nach Satz 2 erhöht sich ab dem Geschäftsjahr des Ver-

sicherungsunternehmens, das im Jahr 2001 beginnt, jährlich um 2 Prozent, bis er 100 Prozent erreicht hat.

(3) Die Beträge nach Absatz 2 sind ab der Vollendung des 65. Lebensjahres des Versicherten zur zeitlich unbefristeten Finanzierung der Mehrprämien aus Prämienerrhöhungen oder eines Teils der Mehrprämien zu verwenden, soweit die vorhandenen Mittel für eine vollständige Finanzierung der Mehrprämien nicht ausreichen. Nicht verbrauchte Beträge sind mit der Vollendung des 80. Lebensjahres des Versicherten zur Prämienenkung einzusetzen. Zuschreibungen nach diesem Zeitpunkt sind zur sofortigen Prämienenkung einzusetzen. In der freiwilligen Pflegeitagegeldversicherung können die Versicherungsbedingungen vorsehen, dass anstelle einer Prämienerrmäßigung eine entsprechende Leistungserhöhung vorgenommen wird.

(4) Der Teil der nach Absatz 1 ermittelten Zinserträge, der nach Abzug der nach Absatz 2 verwendeten Beträge verbleibt, ist für die Versicherten, die am Bilanzstichtag das 65. Lebensjahr vollendet haben, für eine erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung festzulegen und innerhalb von drei Jahren zur Vermeidung oder Begrenzung von Prämienerrhöhungen oder zur Prämienerrmäßigung zu verwenden. Die Prämienerrmäßigung nach Satz 1 kann so weit beschränkt werden, dass die Prämie des Versicherten nicht unter die des ursprünglichen Eintrittsalters sinkt; der nicht verbrauchte Teil der Gutschrift ist dann zusätzlich gemäß Absatz 2 gutzuschreiben.

Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) [SGB V]

§ 257 Beitragszuschüsse für Beschäftigte (Gültig ab 01.01.2009)

(2) Beschäftigte, die nur wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze oder auf Grund von § 6 Abs. 3a versicherungsfrei oder die von der Versicherungspflicht befreit und bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind und für sich und ihre Angehörigen, die bei Versicherungspflicht des Beschäftigten nach § 10 versichert wären, Vertragsleistungen beanspruchen können, die der Art nach den Leistungen dieses Buches entsprechen, erhalten von ihrem Arbeitgeber einen Beitragszuschuß. Der Zuschuss wird in Höhe des Betrages gezahlt, der sich bei Anwendung der Hälfte des um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten Bei-

tragssatzes nach § 241 und der nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bei Versicherungspflicht zugrunde zu legenden beitragspflichtigen Einnahmen als Beitrag ergibt, höchstens jedoch in Höhe der Hälfte des Betrages, den der Beschäftigte für seine Krankenversicherung zu zahlen hat. Für Beschäftigte, die bei Versicherungspflicht keinen Anspruch auf Krankengeld hätten, tritt an die Stelle des Beitragssatzes nach § 241 der Beitragssatz nach § 243. Soweit Kurzarbeitergeld bezogen wird, ist der Beitragszuschuss in Höhe des Betrages zu zahlen, den der Arbeitgeber bei Versicherungspflicht des Beschäftigten entsprechend § 249 Absatz 2 zu tragen hätte, höchstens jedoch in Höhe des Betrages, den der Beschäftigte für seine Krankenversicherung zu zahlen hat. Absatz 1 Satz 2 gilt.

(2a) Der Zuschuss nach Absatz 2 wird ab 1. Januar 2009 für eine private Krankenversicherung nur gezahlt, wenn das Versicherungsunternehmen

1. diese Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung betreibt,
2. einen Basistarif im Sinne des § 12 Abs. 1a des Versicherungsaufsichtsgesetzes anbietet,
3. soweit es über versicherte Personen im brancheneinheitlichen Standardtarif im Sinne von § 257 Abs. 2a in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung verfügt, sich verpflichtet, die in § 257 Abs. 2a in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung in Bezug auf den Standardtarif genannten Pflichten einzuhalten,
4. sich verpflichtet, den überwiegenden Teil der Überschüsse, die sich aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergeben, zugunsten der Versicherten zu verwenden,
5. vertraglich auf das ordentliche Kündigungsrecht verzichtet,
6. die Krankenversicherung nicht zusammen mit anderen Versicherungssparten betreibt, wenn das Versicherungsunternehmen seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

Der Versicherungsnehmer hat dem Arbeitgeber jeweils nach Ablauf von drei Jahren eine Bescheinigung des

Versicherungsunternehmens darüber vorzulegen, dass die Aufsichtsbehörde dem Versicherungsunternehmen bestätigt hat, dass es die Versicherung, die Grundlage des Versicherungsvertrages ist, nach den in Satz 1 genannten Voraussetzungen betreibt.

Lebenspartnerschaftsgesetz

§ 1 Form und Voraussetzungen

(1) Zwei Personen gleichen Geschlechts, die gegenüber dem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen zu wollen (Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner), begründen eine Lebenspartnerschaft. Die Erklärungen können nicht unter einer Bedingung oder Zeitbestimmung abgegeben werden.

(2) Der Standesbeamte soll die Lebenspartner einzeln befragen, ob sie eine Lebenspartnerschaft begründen wollen. Wenn die Lebenspartner diese Frage bejahen, soll der Standesbeamte erklären, dass die Lebenspartnerschaft nunmehr begründet ist. Die Begründung der Lebenspartnerschaft kann in Gegenwart von bis zu zwei Zeugen erfolgen.

(3) Eine Lebenspartnerschaft kann nicht wirksam begründet werden

1. mit einer Person, die minderjährig oder verheiratet ist oder bereits mit einer anderen Person eine Lebenspartnerschaft führt;
2. zwischen Personen, die in gerader Linie miteinander verwandt sind;
3. zwischen vollbürtigen und halbbürtigen Geschwistern;

4. wenn die Lebenspartner bei der Begründung der Lebenspartnerschaft darüber einig sind, keine Verpflichtungen gemäß § 2 begründen zu wollen.

(4) Aus dem Versprechen, eine Lebenspartnerschaft zu begründen, kann nicht auf Begründung der Lebenspartnerschaft geklagt werden. § 1297 Abs. 2 und die §§ 1298 bis 1302 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten entsprechend.

Wichtige Informationen aus dem Gruppenversicherungsvertrag auf einen Blick

Stand August 2023

Sie erhalten hier einen Überblick über die allgemeinen Regelungen aus dem Gruppenversicherungsvertrag zu Ihrer Information. Ggf. abweichende Regelungen können sich aus den Vereinbarungen mit dem Versicherungsnehmer ergeben.

1. Begrifflichkeiten

- Versicherungsnehmer ist die Gruppenspitze (bspw. Ihr Arbeitgeber)
- Hauptversicherte sind Personen, die der im Gruppenversicherungsvertrag beschriebenen Gruppe angehören und uns gemeldet sind (also Sie).
- Mitversicherte Personen können Ehegatten, Lebenspartner, Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft und Kinder sein.

2. Anmeldebestimmungen

- Im Gruppenversicherungsvertrag werden Tarife / Tarifpakete festgelegt, nach denen Sie angemeldet werden können. Wenden Sie sich bei Fragen hierzu an den Versicherungsnehmer.
- Wir verpflichten uns, jede Anmeldung anzunehmen.
- Es wird außerdem festgelegt, ob eine Gesundheitsprüfung zu Beginn oder erst zum Zeitpunkt der Weiterversicherung stattfinden soll. Mit dieser können wir erhöhte Risiken bestimmen und ggf. Beitragszuschläge sowie Leistungsausschlüsse vereinbaren.

3. Beitragszahlung

- Im Gruppenversicherungsvertrag wird festgelegt, ob die Beitragszahlung durch Sie oder den Versicherungsnehmer erfolgt.

4. Versicherungsleistungen

- Der Versicherungsnehmer hat Sie zum Empfang der Versicherungsleistungen berechtigt, d. h. die Versicherungsleistungen können ausschließlich Sie verlangen. Das gilt jedoch nicht, wenn der Versicherungsnehmer sein eigenes Kostenrisiko abgedeckt hat und / oder Sie nicht in Vorleistung gegangen sind.
- Forderungen gegenüber dem Versicherungsnehmer, insbesondere aus nicht bezahlten Beiträgen, rechnen wir nicht gegen Versicherungsleistungen auf, die Ihnen zustehen.

5. Laufzeit

- Der Gruppenversicherungsvertrag gilt zunächst bis zum 31.12. des ersten laufenden Jahres und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate davor gekündigt wurde.
- Bei Beitragserhöhungen steht dem Versicherungsnehmer ein außerordentliches Kündigungsrecht zu.
- Ihre Rechte hierzu, z. B. Weiterversicherungsrechte, sind in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt.

6. Schriftwechsel

- Der Schriftwechsel zum Gruppenversicherungsvertrag erfolgt zwischen uns und dem Versicherungsnehmer. Sollten Fragen jedoch ausschließlich Sie betreffen, können wir auch direkt mit Ihnen korrespondieren.
- Im Gruppenversicherungsvertrag werden die Postwege für ggf. notwendige Bescheinigungen (bspw. Versicherungsbestätigung oder Arbeitgeberbescheinigung) geregelt und, ob Sie die Versicherungsbestimmungen zeitnah von uns oder dem Versicherungsnehmer erhalten. Außerdem sind die Informationspflichten bei bedeutsamen Änderungen im Versicherungsschutz festgelegt.

General Conditions of Insurance of the Specific Comprehensive Coverage for the Health Group Insurance Abroad (U)

As per January 2026

Comments

The policy holder is the top of the group being the contractual partner of the insurer. Main persons insured are certain persons as per the conditions of the group insurance contract who have been applied to the insurance coverage. Co-insured persons are spouses, homosexual partners as per § 1 of the German Lebenspartnerschaftsgesetz (Law of Homosexual Partnerships) (see appendix), children and other eligible persons (as per the group insurance contract), if they are applied to the insurance coverage.

This version is a translation of the German original Allgemeine Versicherungsbedingungen für die spezielle Vollkosten-Auslandskranken-Gruppenversicherung.

Insurance Coverage

§ 1 Object insured, Extent and Scope of Insurance Coverage

(1) The insurer grants insurance coverage for diseases, accidents and further occurrences mentioned in the contract. The insurer performs, if agreed upon, additional services in direct connection with the events insured against occurring. In case of the event insured against (§ 1 n° 5), the insurer reimburses costs for medical treatment and other services agreed upon.

(2) As per the long-term health group insurance abroad
a) events insured having occurred before the reception of the application with the insurer are only covered from the commencement of the coverage (§ 2), if they have been duly disclosed with the insurer (§ 2a n° 4) and if the insurer has not declared any exclusion from the insurance coverage.

b) events insured occurring as a result of a higher risk (e.g. pre-existing conditions, profession, sport) are only covered from the commencement of the coverage (§ 2), if the higher risk has been duly disclosed with the insurer (§ 2a n° 4) and if the insurer has not declared any exclusion from the insurance coverage.

(3) The definition of abroad is: all countries except the country which the main person insured leaves or has originally left by order of the policy holder. This country is considered as the country of origin.

(4)

a) If a long-term stay abroad requires the prolongation of the insurance coverage for the period of a temporary stay in the country of origin, the continuation of the coverage and the prolongation of the coverage in the country of origin are considered as being agreed upon for three months respectively.

b) If a person insured requires the prolongation of the coverage due to omission of the original right for insurance coverage in the group insurance contract (§ 14 n° 2b), he or she may be granted this prolongation for a period of three months. In this case the prolongation of the insurance coverage may be applied for within the group insurance contract with the agreement of the policy holder.

(5) The event insured occurs, if a medical treatment of the person insured becomes necessary as a result of diseases or accident sequelae. The event insured against starts with the medical treatment and ends when the necessity for medical treatment according to the medical results is no longer given. If the medical treatment has to be extended due to a disease or accident sequelae originally not connected with the former treatment, this will be considered a new event insured.

The following will be considered the event insured as well:

a) examination and medically necessary treatment because of pregnancy and delivery, furthermore because of miscarriage and not illegal abortions;

b) out-patient examinations for the purpose of early recognition of diseases (specific medical check-ups) – as per the tariffs with benefits for in-patient medical treatment, however, only if these check-ups have to be carried through on an in-patient basis for medical reasons;

c) death, if benefits are agreed upon;

d) specialised outpatient palliative care and stationary care at a hospice, provided the tariff provides conditions for it.

e) transitional care in hospital, if and insofar as the tariff provides benefits for this.

(6) The extent of the insurance coverage ensues from the insurance certificate, later written agreements, the General Conditions of Insurance of the Specific Comprehensive Coverage for the Health Group Insurance Abroad, the chosen tariff, the group insurance contract as well as the legal regulations. The contract is subject to German law.

(7) By and large and if the policy holder has assigned the rights and obligations of the insurance contract to the main person insured and if the main person insured has accepted these, the regulations valid for the policy holder are the same for the main person insured.

(8) The policy holder may demand the change of the insurance contract into a similar insurance coverage, if the person insured meets the requirements of the eligibility and if the group insurance contract allows for that. The insurer will accept the application of the change of the insurance coverage within a reasonable time. The acquired rights remain with the person insured. The provisions calculated according to the technical principles taking into account the accruals for increasing risks for higher age groups are credited. If the new insurance coverage is higher or has a bigger extent, a risk surcharge (§ 8a n° 3 and 4) may be required or an exclusion or limitation of benefits may be declared.

The change of the insurance coverage out of a tariff in which this is not the case is not possible.

§ 2 Commencement of Insurance Coverage

(1) Insurance coverage exists with the commencement of the insurance, however, not before the date of commencement agreed upon in the group insurance contract.

(2) The commencement of the insurance of the short-term health insurance coverage abroad is the date of leaving the country.

(3) The commencement of the insurance of the long-term health insurance coverage abroad is the date mentioned in the application. This date, however, may not be more in the future than 6 months' time of issuing the application.

(4) Different of n° 3 the commencement of the insurance is the date of the insurer's first receiving the application form, if the application form arrives only in the next month but one (or later) after the date mentioned in the application form (§ 2a n°2).

If the application reaches the insurer only in the next month but one (or later) following the insurer's first receipt of the application form, the soonest commencement of insurance coverage is the date of receipt of the application – different of sentence 1 and n° 3.

(5) In case of insurance contract changes § 2 n° 1 to 4 and § 1 n° 2 are valid for the additional part of the insurance coverage.

(6) The change of the insurance coverage within the period of the insurance contract does not alter the insurance year as agreed on the conclusion of the contract.

(7) New born babies are under long-term insurance coverage without any risk surcharges and without any waiting periods after delivery, if on the day of the delivery one parent has been insured for three months at least with the same insurer and if the application to the insurance is made within two months after the date of birth backdated. From birth onwards, insurance coverage also exists in this context for all health issues, birth defects, as well as hereditary diseases and anomalies arising before completion of the birth. The monthly contributions are to be paid from the month following the birth on. The extent of the insurance coverage must not be higher than that of one parent insured.

(8) The adoption is equal to the birth of a child, if the child is a minor on the day of adoption. Taking into consideration the higher risk the agreement of a risk surcharge is permitted to up to one premium amount.

§ 2a Application, Insurance Certificate

(1) The policy holder carries out the application to the group insurance. The application is to be made separately for:

a) Short-term Stays abroad

The policy holder is obliged to inform the insurer of the sum of the days of stay abroad to be insured. The insurer is entitled to check the details given by the policy holder.

b) Long-term Stays abroad

The policy holder is obliged to inform the insurer about stays abroad to be covered mentioning the commencement of the insurance on the appropriate form provided by the insurer.

(2) The applications for the current month have to arrive with the insurer on the last day of the following month at the latest. The consequences of a late application for the commencement of the insurance and the

commencement of the coverage are stated in § 2 n° 4. Special agreements for the application procedure are possible.

(3) If during an envisaged and registered short-term stay abroad it turns out to be a long-term stay abroad, the insurer has to be informed thereof. The premiums already paid are counted to the actual ones.

(4) If the group insurance contract stipulates a check of the state of health, insurance coverage for the events insured excluded in § 1 n° 2 may be applied for giving the state of health in the application. If these events insured are insurable, special conditions may be agreed upon for the coverage (e. g. risk surcharges, maximum amounts or limitation of benefits). The questions to the state of health on the insurer's form are to be completely answered.

(5) If wished the insurer issues an insurance certificate for each main person insured in the long-term insurance coverage abroad.

§ 3 Waiting periods

There are no waiting periods, if the tariff does not state something different.

§ 4 Scope of Obligation to pay Benefits

(1) The type and amount of the insurance benefits ensue from the General Conditions of Insurance, the tariff and possibly the agreements separately made.

(2) The person insured may consult a physician or dentist of his or her own choice and may choose hospital ambulances and medical care centres for outpatient treatment as well as service providers listed in the tariff that are registered in accordance with the law of the respective country of stay. He or she may also consult non-medical practitioners as per the German Non-Medical Practitioner Act (Deutsches Heilpraktikergesetz).

(3) If the tariff provides benefits for remedies, these must be provided by physicians, non-medical practitioners or members of medical staff or healthcare professionals (such as massage therapists, physical therapists, physiotherapists, occupational therapists, speech therapists, podiatrists, dietary assistants, oecotrophologists, nutrition scientists), provided they are licensed for the medical treatment according to the respective country of stay.

(3a) If a tariff provides benefits for digital health applications, such an application must be a medical device of risk class I, IIa or IIb whose main function is essentially

based on digital technologies and must be intended to support the detection, monitoring, treatment or alleviation of illnesses or the detection, treatment, alleviation or compensation of injuries or disabilities in the persons insured or in the care provided by the service providers named in Article 4 (3) of the tariff conditions.

(4) Medicaments, dressings, remedies and aids must be prescribed by a person approved in No. 2 for medical treatment. Certain medicine-like nutriment that are imperative in order to avoid serious health damage (e. g. in case of enzyme deficiency diseases, Crohn's disease and cystic fibrosis), are also considered as medicine and which are administered enterally or parenterally in particular.

(5) If a hospital treatment is medically necessary, the person insured may freely choose among public and private hospitals which are under permanent direction of a physician, have sufficient diagnostic and therapeutic facilities and maintain medical records. This also includes military hospitals. If the tariff provides for this, the insurance cover also includes out-patient or in-patient follow-up treatment prescribed by a doctor and medically necessary in direct connection with in-patient treatment.

(6) The benefits of the tariff for a medically necessary hospital treatment in clinics which also carry through cures and sanatorium treatments or which take convalescents, but which meet the conditions stated in n° 4, are only granted, if the insurer has given his consent in writing before the commencement of the treatment.

In case of TB-diseases hospital treatments in a TB-sanatorium or clinic are covered up to the extent agreed upon in the contract. Sanatoria are institutions which are under the responsible direction and control of a permanently present doctor and in which cure treatments are carried through on an in-patient basis. The condition for a reimbursement of the costs for a stay in a sanatorium is, if the tariff provides benefits for that, the confirmation of the medical necessity by a doctor and that the insurer accepts it.

A written consent of the insurer is not required,

a) in the event of an emergency admission resp. if the hospital is the only providing hospital in the vicinity of the insured and only medically necessary medical treatments are to be performed which require a hospitalisation and therapy, or

b) if an accident or an acute disease occurs during a stay in a hospital, if this occurrence is independent from the

original purpose of treatment, and if this occurrence requires a medically necessary hospital treatment, or
 c) if it is about a medically necessary hospital treatment for a surgical intervention, or

d) for the first 3 weeks of a medically necessary post-hospital curative treatment (Anschlussheilbehandlung) which begins within 28 days after an acute hospital treatment. Moreover, in Germany, the post-hospital curative treatment must occur in a facility which is approved by a legal rehabilitation authority for the respective post-hospital curative treatment. A further requirement is that a written claim for benefits is made and granted (before the start of the post-hospital curative treatment) at a legal rehabilitation authority, provided such one exists in the respective country of stay and this is fundamentally obligated to provide benefits. Insofar as benefits are authorised in this context, these are to be made use of first.

(7) According to the contract the insurer reimburses costs for medicaments, for treatments and for examinations mainly carried out according to orthodox medicine. Furthermore, the insurer reimburses the costs for methods applied and medicaments which have been tried and tested with good results or which have been used due to the fact that no orthodox methods or medicaments are available. However, the insurer may reduce the reimbursement to the amount of orthodox methods or medicaments.

(8) The costs for accommodation, boarding and care of a healthy new born are covered, if the new born baby is co-insured as per § 2 n° 7 – no hospital daily benefit is being granted.

(9) The contribution refund is being granted according to the statute in case of a surplus.

(10) Before a medical treatment starts which possibly surpasses the amount of € 2,000, the person insured may ask in writing for more information about the extent of the insurance coverage for the envisaged medical treatment. The insurer will give the information within four weeks at the latest; if the carrying through of the medical treatment is urgent, the information is given immediately, at the latest within two weeks. The insurer considers the tentative treatment plan and the possible costs together with other documents. The delay starts with the receiving of the demand with the insurer. If the information is not given within the stated time, it is assumed that the envisaged medical treatment is necessary until the proof of the opposite.

(11) The insurer informs the main person insured or the person insured on demand about medical reports or opinions or gives access to these documents which the insurer has asked for for the verification of the obligation to pay, if the medical treatment is necessary or not. If severe therapeutic reasons or other severe reasons are against that, the information or the access to the main person insured or the person insured may only be asked for that a named doctor or solicitor may be given the information or access. The claim may only be laid by the person concerned or his or her statutory representative. If the main person has received the report or the opinion on demand of the insurer, the insurer will reimburse the costs occurred.

§ 5 Limitations of Benefits

(1) No obligation to pay exists for

a) diseases, their consequences included, accident sequelae and death which result from active participation in war or riots or which are recognized as an accident during the military service and which are not expressly included in the insurance coverage; moreover there is no obligation to pay for diseases and accident sequelae due to the professional participation in sports competitions as well as the preparation thereof which are arranged by associations and clubs;

b) intentionally caused diseases and accidents, their consequences included, as well as for withdrawal, detoxification treatments included.

If the person insured has no further claims of reimbursement or benefits in kind, the insurer may grant – differing in the tariffs – payment according to tariffs with benefits for general hospital treatment for the first three hospital addiction treatments (outpatient or inpatient withdrawal treatments resp. detoxification treatments) for substance addictions if

- the inpatient rehabilitation occurs in a facility approved by a legal rehabilitation authority for the respective rehabilitation measures, provided a legal rehabilitation authority is present in the country,
- the outpatient rehabilitation occurs through professional services and facilities and the insurer has given his consent to pay in writing before the treatment commences.

There is no obligation to provide benefits for rehabilitation due to nicotine addiction.

This consent may be made dependent on the assessment of success by a doctor chosen by the insurer. For inpatient rehabilitation measures, the insurer is only

chargeable for general hospital services independently of the inpatient tariff.

For the first addiction treatment, 100% of the negotiated benefit is refundable. For the second and third addiction treatment, 80% of the negotiated benefit is refundable. The remaining 20% is refundable after completion of the rehabilitation, provided the completion was neither ended due to disciplinary reasons nor ended prematurely without a doctor's approval.

c) treatment by doctors, dentists, healers and in hospitals or clinics whose invoices have been excluded from reimbursement by the insurer with good reason, if the event insured occurs after the notification of the policy holder about the exclusion of benefits. If there is the occurrence of an event insured while the policy holder is informed about the exclusion, the insurer is not obliged to pay for costs occurred after the period of three months after the notification; ; this correspondingly applies for all other service providers named in these conditions and in the tariff.

d) spa and sanatorium treatment as well as for rehabilitation measures provided by the public rehabilitation centres, if the tariff does not mention other regulations;

e) for outpatient medical care at a spa or health resort

- during a stay at the health resort or sanatorium;
- during a stay which services to treat diseases or accident sequelae occurred outside the spa or health resort.

This limitation does not apply, if medical care of the person insured is necessary due to a disease which is not directly connected with the syndromes causing the stay at the spa or health resort or due to an accident happening there. The obligation to pay remains as long as the return is not possible as per a medical finding. Moreover, this limitation does not come into effect, if the medical treatment is carried through in a spa or health resort, if the person insured has his or her place of residence there or lives in the very vicinity. The limitation does not come into effect, if the insurer has given his consent in writing to reimburse the costs before the commencement of the stay;

f) treatments by spouses, homosexual partners as per § 1 of the German Lebenspartnerschaftsgesetz (Law of Homosexual Partnerships) (see appendix), parents or children; costs occurred for objects needed for the treatment are reimbursed according to the chosen tariff, if proof thereof is given;

g) the accommodation due to the necessity of nursing care or keeping in such a resort.

(2) If the medical treatment or any other medical measure for which benefits have been agreed upon exceed the medically necessary extent, the insurer may reduce the benefits to a reasonable amount.

If the expenses for medical treatment or other services are in a conspicuous disproportion to the services rendered, the insurer is not obliged to pay; the conditions of the respective country of stay are taken as a basis.

(3) If the person insured is entitled to benefits paid by the legal casualty insurance or the legal old-age pension scheme or to legal medical care or accident welfare work, the insurer is only obliged to pay benefits for those expenses which will remain necessary after prepayment of these legal benefits – regardless of the person insured's claims for daily hospital indemnity.

(4) If the policy holder or the person insured may lay claims with several institutions obliged to pay, the total of reimbursements may not exceed the total of expenses.

§ 6 Payment of Insurance Benefits

(1) The insurer will only be obliged to pay benefits, if the requested and necessary proof is given. These documents will become property of the insurer.

(2) Furthermore, the conditions for the settlement of benefits by the insurer result from § 14 VVG (*German Insurance Contract Law* - see below).

(3) The insurer is obliged to pay benefits to the person insured, if the policy holder has stated him or her in writing or electronically as being entitled to receive the insurance benefits. If this condition is not met, only the policy holder may claim for the benefits.

(4) The medical expenses occurred in foreign currency will be converted into Euro on the basis of the exchange rate of the day of receipt of the invoices with the insurer. The exchange rate is for traded currencies the official Euro exchange rate of the European Central Bank. For non-traded currencies, for which there are no reference rates, the latest exchange rate of the "*Devisenkursstatistik*" published by the Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, is valid, unless the person insured proves that the exchange rate of the currency with which he or she has paid the invoice was more unfavourable due to a modification of the exchange modalities.

(5) Additional expenses occurred for the remittance abroad of insurance benefits by the insurer or for special

types of remittance demanded by the policy holder may be deducted from the benefits.

(6) Claims for insurance benefits may neither be assigned nor pledged. The prohibition of assignment pursuant to sentence 1 shall not apply to insurance contracts concluded on or after October 1, 2021; statutory prohibitions of assignment shall remain unaffected.

(7) The original invoices are to be submitted to the insurer. The names of the persons treated, the designation of the disease, the dates of treatment and the details of the services rendered are to be stated on the invoice. If the person insured has taken out another insurance, the insurer will accept duplicates of the invoices, on which the benefits paid by the other insurance company are confirmed. Furthermore, duplicates from countries where the originals are retained will be recognized.

(8) In addition to the original invoice the insurer requires the following documents for reimbursement:

a) in case of repatriation: a medical confirmation of the necessity of the repatriation to the country of origin or to the country in which the person insured stays by order of the employer;

b) in case of repatriation of the corpse or funeral abroad: a medical certificate about the cause of death;

c) in case of transportation of stored blood: a medical certificate about the medical necessity of the operation and the use of stored blood.

(9) Reimbursement of expenses occurred for medications, dressings, remedies and aids can only be effected, if the invoices thereof are submitted together with those of the physician.

(10) Invoices occurred during short-term stays abroad are to be submitted to the insurer by or via the policy holder, including the confirmation that the stay abroad is due to operational reasons.

§ 7 Termination of Insurance Coverage

The insurance coverage ends – for pending events insured as well – with the termination of the insurance.

Obligations of the Policy Holder

§ 8 Payment of Contributions

(1) The contribution of the long-term health group insurance abroad is a yearly contribution which is charged from the commencement of the

insurance. It has to be paid at the beginning of the insurance year or in equal monthly rates, which are considered as respited payment up to the maturity of the contribution rate. These rates are due on the first of each month. If the yearly contribution is newly settled during the policy year, the difference amount is to be paid later from the date of effect of the new rate on up to the beginning of the following year or is to be paid back.

(2) If the contribution of the long-term health group insurance abroad is paid yearly a discount of 3 % is granted.

(3) If the policy holder is in default with one part payment of the contribution, the respited part payments of the contributions of the current policy year will be due. They are considered as respited again, if the outstanding contribution together with the part monthly contribution of the current month in which the payment is effected as well as the collection fees are paid.

(4) The fact that the first contribution or the following contributions are not paid in due time may lead to the insurance coverage be lost under the conditions of § 37 and § 38 VVG (*German Insurance Contract Law* - see appendix). If the contribution or the part contribution is not paid in due time and if the policy holder has been reminded in writing or electronically, the policy holder is obliged to pay the collection fees – the amount ensues from the tariff.

(5) If the insurance contract ends before the expiry of the term of the contract, the insurer only gets the premium amount or premium rate equivalent to the period in which the coverage has been granted. If the insurance contract is terminated by withdrawal on the basis of § 19 para. 2 of the German Insurance Contract Law (VVG – *Versicherungsvertragsgesetz* - see below) or by avoidance of the insurer because of fraudulent misrepresentation, the insurer only gets the premium amount or premium rate equivalent to the period up to the coming into effect of the withdrawal or avoidance declaration. If the insurer resigns, because the first premium or the first premium rate has not been paid in time, he may charge a reasonable business fee.

(6) The premiums and contribution rates are to be paid to the bank or office mentioned by the insurer.

(7) The premiums are fixed as per the entry age which is the difference of the year of birth and the calendar year in which the insurance agreement comes into effect.

(8) If the tariff or the group insurance contract do not stipulate it differently, children pay the contribution for age group 0 - 16 up to the end of the calendar year in which they reach the age of 16. From the beginning of the following calendar year up to the end of the year in which they reach the age of 20 the contribution for the age 17 - 20 is to be paid. After that the contribution for adults is to be paid.

§ 8a Calculation of Premiums

(1) The calculation of the premiums is effected as per the rules of the (*German Trustee Investment Act – VAG*) and is fixed in the technical basis of calculation of the insurer.

(2) For a modification of the premiums as well as for a change of the insurance coverage the sex and the person insured's age or age group of the point of time of the modification are considered; in consideration of the gender, this is deemed not to apply for tariffs whose premiums are increased independently of gender. The entry age of the person insured is taken into account by crediting accruals for increasing risks for higher age groups according to the technical basis of calculation. An increase of the premiums or the reduction of benefits by the insurer because of the aging of the person insured, however, is not allowed during the insurance, as far as these accruals have to be calculated.

(3) In case of modification of the premiums the insurer may change specially agreed risk surcharges accordingly.

(4) If in case of modifications of the agreement a higher risk exists, the insurer is entitled to an adequate surcharge for this new part of the insurance coverage in addition to the premium. This surcharge is calculated as per the principles of the insurer for the settlement of higher risks.

(5) To finance a qualifying period for reduction of the premiums in old age or to avoid or limit increases of premiums additional amounts are counted and spent to the accruals for higher risks in old-age as per the rules of the *Versicherungsaufsichtsgesetz (German Trustee Investment Act – VAG)* (see below § 150 VAG).

(6) As per the tariff the person insured's age is the difference between the year of birth and the calendar year in which the premiums are modified.

§ 8b Modification of Premiums

(1) Within the frame of the contractual commitments to pay benefits, the latter may be altered due to rising

treatment costs or a higher demand of medical services or higher life expectancy. The insurer compares at least once a year the required insurance benefits with the calculated insurance benefits and the probability of death according to the technical basis of calculation for each tariff. Should this difference for one group of insureds be more than the percentage laid down in law or in the tariff, all contributions of this group will be checked by the insurer and - if necessary – be adjusted on the trustee's agreement. Under the same conditions a fixed deductible may be changed and a risk surcharge be altered accordingly. Should this difference as per sentence 2 be more than 5% of the insurance benefits calculated in the technical basis of calculation, all tariff premiums of the group will be checked by the insurer and, if necessary, will be adjusted on the trustee's agreement.

In the course of a change of the premiums the required increase for the guaranteed contribution in the standard tariff (§ 19 para. 1, sentence 2) as well as the required increase for the limitations of amounts in the basic tariff (§ 20 sentence 2) are compared with the respective calculated increases and - if necessary - adjusted.

In tariffs with adequate accruals for increasing risks for higher age-groups the amount of the contribution and the accruals to be fixed depend on the calculated probabilities of an early end of the insurance (§ 14 n° 2). These may change due to influences unforeseen. Therefore at least once a year the insurer compares in each age group of a tariff the required basis of calculation with the calculated probabilities of the technical calculation basis. Should this comparison result in a too highly calculated probability in one age group the insurer may check all contribution rates of this tariff and may adjust them on the trustee's agreement if need be.

(2) Premium modifications as well as changes of deductibles and possible risk surcharges agreed upon will come into effect on the beginning of the second month following the notification of the policy holder.

§ 9 Obligations

(1) The policy holder as well as the person insured legitimated for benefits (see § 6 n° 3) have to give every information which the insurer demands and which is required to establish the occurrence of the event insured or the insurer's obligation to pay benefits as well as the extent thereof.

(2) On the insurer's demand the person insured is obliged to see a doctor appointed by the insurer in order to be examined.

(3) On the insurer's demand he has to be given the authorization to receive all information from doctors, hospitals and other clinics necessary for the establishment of the event insured as well as for the obligation to pay and the amount of reimbursement. These doctors, hospitals and other clinics are released from their professional oath of secrecy as far as the required information mentioned above is concerned.

(4) As far as possible the person insured is obliged to minimize the damage and to refrain from all actions which may harm the convalescence.

(5) If the person insured has taken out a health insurance contract with another insurer or if the person insured makes use of the right to be insured within the statutory health insurance, the policy holder and the main person insured are obliged to inform the insurer about the other insurance contract as soon as possible.

§ 10 Consequences of a Violation of the Obligations

(1) The insurer is completely or partly released from the obligation to pay with the limitation mentioned in § 28 para. 2 to 4 of the VVG (*German Insurance Contract Law* - see below), if one of the obligations mentioned in § 9 n° 1 to 5 is violated.

(2) If the obligation mentioned in § 9 n° 5 is violated, the insurer may also cancel without notice an insurance contract within one month after the violation has become known under the condition of § 28 para. 1 VVG (*German Insurance Contract Law* – see appendix).

(3) The knowledge and the default of the main person insured as well as that of the co-insured person are equal to the knowledge and the default of the policy holder.

§ 11 Obligations and Consequences in case of Neglect of Duties in case of Claims against Third Parties

(1) If the policy holder, main person insured or a co-insured person has a right to damages against third parties, he or she is obliged to assign these claims to the insurer in writing up to the compensation to be paid according to the insurance contract (reimbursement as well as in-kind benefits or services) without prejudice to the statutory assignment of claims according to § 86 VVG (*German Insurance Contract Law* - see below).

(2) The policy holder, main person insured or a co-insured person has to protect such a claim or any right guaranteeing the claim taking into consideration the rules of form and periods and has to be involved in the implementation by the insurer as far as necessary.

(3) If the policy holder, main person insured or a co-insured person neglects his or her duty mentioned in para. 1 and 2 intentionally, the insurer will not be obliged to pay in so far that he may not lay claims against third parties. In case of a grossly negligent violation of the obligation the insurer is entitled to reduce the benefits in relation to the severity of the negligence.

(4) If the policy holder, main person insured or a co-insured person may lay a claim of repayment of already paid fees without a legal basis to the performer of services, which the insurer has reimbursed on the basis of the insurance contract, para. 1 to 3 are to be applied accordingly.

§ 12 Setoff

The policy holder or the main person insured can only set off the insurer's claims, if the cross claim is uncontested and is established of legal force.

The End of the Insurance Coverage

§ 13 Cancellation by the Policy Holder

(1) The policy holder may cancel the insurance of the group insurance contract to the end of each insurance year, however, at the earliest to the expiry date of the insurance contract period agreed, with a three months' notice.

(2) The cancellation may be limited to individual persons insured or to individual tariffs.

(3) If a person insured becomes a statutory health insurance contributor by law, the policy holder may retroactively cancel the health insurance or an existing qualifying period insurance for this coverage for the person insured within three months after the beginning of the compulsory insurance. The cancellation of the coverage becomes invalid, if the policy holder does not give proof of the beginning of the compulsory insurance within two months after the insurer has requested him to do so in writing or electronically, unless the policy holder is not responsible for missing the notice.

If the policy holder makes use of this right, the insurer is only entitled to the contribution up to the date of the coming into effect of the compulsory insurance. After this period the policy holder may cancel the health insurance or an existing qualifying period insurance for this coverage to the end of the month in which the compulsory insurance comes into effect, if he or she gives proof. The insurer is entitled to receive the contribution up to the end of the

insurance contract. The compulsory insurance is equal to the statutory claim of family insurance or the permanent claim of medical care of an employment as a civil servant or any similar employment.

For a corresponding cancellation, the insurer is obliged to accept an application for additional insurance without a renewed risk assessment and without renewed waiting times, provided additional insurance and legal insurance cover together do not exceed the previous scope of benefit. The additional insurance must begin immediately following the cancelled tariff and the application must be placed together with the cancellation.

In case of a cancellation in due course the health insurance coverage ends technically for the persons insured who become liable to the statutory health insurance and for the tariffs insured as per the end of the month in which the liability has become effective. The same applies for a co-insured person who is entitled to a family insurance due to the liability to the statutory health insurance. The contribution rates which fall due within the period of the commencement of the liability till the technical end of the insurance will be paid back or will be balanced with future health insurance contribution rates, if the insurance is continued. The insurance ends - even in case of pending events insured - on the date of the commencement of the liability; the insurer indicates that to the policy holder together with the confirmation of the cancellation.

(4) If an agreement in the insurance contract implies that with reaching a certain age or in case of other conditions mentioned in the agreement the contribution for another age or another age group is valid or that the contribution is calculated taking into account accruals for higher risks in old-age, the policy holder may cancel the insurance for the persons insured concerned within two months after the modification to the date of change, if the contribution is higher as a result of the change.

(5) If the insurer increases the contributions as a result of the clause to change the contributions or if he reduces the benefits as per § 18 n° 1, within two months after receipt of the information of change the policy holder may cancel the insurance for the persons insured concerned with effect of the date of change. In case of an increase of contribution rates the policy holder may cancel the insurance up to and with effect of the date of increase.

(6) The policy holder may demand the termination of the remaining part of the insurance to the end of the month in which the insurer's declaration has reached him or her within two weeks, in case of a cancellation to the date on which it becomes effective, if the insurer declares the avoidance, the withdrawal or the cancellation only for individual persons or tariffs insured.

(7) In case of a cancellation of a substitute comprehensive health insurance coverage and a conclusion of a new substitute contract at the same time (§ 195 para. 1 VVG – *German Insurance Contract Law* – see appendix) the policy holder may demand that the insurer transfers to the new insurer the calculated old age reserve of the person insured at the amount of the value of transfer at the time of commencement of insurance coverage later than 31 December 2008 in the respective tariff according to § 146 para. 1 n° 5 of the VAG – *German Trustee Investment Act* (see appendix). This does not apply for contracts concluded before 1 January 2009.

The following applies for insurance contracts of the substitute health insurance which have been concluded before 1 January 2009: The policy holder may demand that the insurer transfers the calculated reserves for old age of the person insured at the amount of the part of coverage which corresponds to the benefits of the basic tariff to the new insurer, if the cancellation of the existing insurance contract is effected between 1 January 2009 and 30 June 2009, coming into force at the next possible date.

(8) If there are arrears of premiums at the time of cancellation of the insurance contract, the insurer may retain the existing value of transfer up to the time of complete payment of outstanding premiums.

(9) A cancellation for other reasons not mentioned in § 14 is only valid, if the person cancelling proves that the persons concerned have learnt about the cancellation.

(10) A terminated insurance may be revalidated with the original entry age, if the group insurance contract allows that and if this is applied for within six months after the termination and if the revalidation is after expiry of this period of time at the latest. For this purpose a new application to the group insurance contract has to be filled in.

(11) If the health insurance is granted in accordance with the life assurance, the policy holder and the persons insured have the right to continue an insurance

contract which has been cancelled in the form of a qualifying period insurance.

This continuation has to be applied for within 2 months after termination of the insurance contract at the latest. The continuation is effected immediately after the termination of the previous coverage.

§ 14 Other Reasons for Termination

(1) The insurance ends with the end of the group insurance contract.

(2) The insurance for the individual persons insured ends

- a) in case of death;
- b) if the person insured may not join the group of eligible persons anymore;
- c) with the termination of the stay abroad;
- d) on cancellation from the group insurance contract in order to continue the insurance as per the individual tariffs which are not covered within the group insurance contract (e. g. the standard tariff).

If these reasons for the termination are concerning the main person insured, the insurance for all co-insured persons ends as well.

(3) The policy holder is obliged to cancel the insurance as per the reasons mentioned in n° 2. The notice of the termination for the current month has to reach the insurer on the last day of the following month at the latest.

(4) If the insurance is continued as per § 15, the insurance only ends with the end of the month in which the reason for the termination becomes effective.

(5) The rights of the insurer as per § 19 para. 2 to 4 VVG (*German Insurance Contract Law* – see below) expire after the period of 3 years after receipt of the application or the increase of the insurance coverage in case of culpable violation of the obligation to disclose before the contract is concluded. This does not apply for events insured against occurring before the expiry of the period. If the obligation to disclose has been violated intentionally or fraudulently, the period is 10 years.

§ 15 Continued Insurance

(1) If the insurance of individual co-insured persons ends, these have the right to continue the insurance immediately within the group insurance contract, if the eligibility is given and if they mention the future main person insured. The declaration has to be made

within two months after the termination of the insurance.

(2) If the insurance ends for individual persons insured, these have the right - should the conditions of the tariffs allow this - to continue the insurance immediately according to the same tariffs of the insurer's individual insurance plan, if the continuation of the insurance has been applied for with the insurer within two months after the withdrawal from the group insurance contract. Persons having caused the end of the insurance as per § 13 themselves or whose insurance has exceptionally been terminated due to violations of obligations are excluded from the right to continue the insurance as per sentence 1.

In cases in which the coverage ends with the cancellation as a result of the main person insured's delay in payment the right of continued insurance as per sentence 1 only applies for co-insured persons.

(3) In cases in which the coverage ends with the cancellation as a result of the main person insured's delay in payment the rights of continued insurance as per n° 1 and n° 2 only end two months after the co-insured persons have taken note of the cancellation and their right to continue the coverage.

(4) In case of the changement into an individual insurance agreement the period during which the person has been permanently insured within the frame of this group insurance contract will be counted to possible waiting periods of the individual insurance. The rights acquired are not lost; the accruals for the higher risk in old age as per the technical calculation basis which have been paid so far are taken into account as per this technical calculation basis. If the new coverage is higher or more extensive, a risk surcharge or an exclusion may be declared for this higher coverage.

(5) If necessary special conditions were renounced during the period of insurance coverage within the group insurance contract (e. g. for risk surcharges, benefit exclusions, release of the dental scale, limitation of benefits), these become valid with the change to the individual insurance plan. Furthermore a check of the state of health is carried through when continuing the insurance according to the state on the commencement date of the insurance, if pre-existing conditions were covered with a lump-sum during the time of coverage within the group insurance contract.

(6) If a group insurance contract is terminated by the insurer, terminated by mutual agreement or if the group insurance contract ends because the agreed minimum number of persons to be insured has not been reached, the persons insured have the right to continue the insurance coverage considering the rights out of the existing contract and the reserves for old age, if such have been acquired, under the conditions of the individual insurance. This is also valid if the policy holder cancels the contract, if no other policy holder is named. The persons insured are informed about this cancellation or termination and the right of continuation of coverage in writing and electronically. The right of continuation of coverage ends two months after the time when the person insured has taken note of it.

(7) The comments in § 19 for a change are valid for a continued insurance as per the standard tariff.

(8) The implementations in § 20 to change into the basic tariff are valid for the continuation of coverage in the basic tariff.

Further Conditions

§ 16 Declarations of Intention and Advices

Declarations of intention and notifications towards the insurer have to be done in writing or electronically.

§ 17 Jurisdiction

(1) The court of the place where the main person insured has his or her residence or if he or she has none the place of the usual stay has jurisdiction in legal actions of the insurance contract against the main person insured.

(2) Legal actions of the main person insured against the insurer may be entered to the court of the place of residence or usual stay of the main person insured or with the court of the legal domicile of the insurer.

(3) If the main person insured transfers his or her place of residence or usual stay in a country which is not part of the European Union or state of the European Economic Area or if his or her residence or usual stay is not known at the time of the filing of the action, the court at the place of the legal domicile of the insurer is responsible.

(4) § 17 para. 3 is not valid, if the residence or usual stay is transferred to Switzerland after the conclusion of the contract.

(5) Legal actions against the insurer may be brought to the court of the legal domicile of the insurer by the policy holder.

(6) Legal actions out of the insurance contract against the policy holder may be brought to the court of the residence or legal domicile or headquarters or branch of his business or commercial enterprise of the policy holder.

§ 18 Modifications of the General Conditions of Insurance

(1) In case of a change of the circumstances of the health system the General Conditions of Insurance and the tariff regulations may be adjusted to the new circumstances, if the changes are considered to be enough to protect the concerns of the policy holders and if an independent trustee has verified the conditions for the modifications and has confirmed the reasonableness. The modifications will become effective with the beginning of the second month following the information of the changes and the decisive reasons for them to the policy holder.

(2) If a regulation in the General Conditions of Insurance Coverage has been declared invalid by the supreme court or by an administration act legally valid, the insurer may replace it by a new regulation, if this is necessary to continue the contract or if the adherence to the contract caused an unreasonable hardship for one of the contract parties with consideration of the concerns of the other contract party. The new regulation is only valid, if it reasonably considers the concerns of the policy holder without prejudice to the contract objective. It will become part of the contract two months after the new regulation and the decisive reasons for it will have been communicated to the policy holder.

§ 19 Change to the Standard Tariff

(1) The policy holder may demand that persons insured of the contract who fulfil the conditions of § 257 para. 2a n° 2, 2a and 2b SGB V (*German Social Legislation, Book V* - see appendix) in the version valid up to 31 December 2008 may change to the standard tariff with a guarantee of maximum premiums. To guarantee the maximum premiums a surcharge laid down in the technical calculation basis is added. As per the standard tariff the person insured may not take out another additional or comprehensive health insurance coverage - see n° 1 para. 5 and n° 9 of the conditions of the standard tariff. The change to the standard tariff is always possible when meeting the legal conditions; the insurance in the standard tariff commences on the first of the month following the application of the policy holder for a change into the standard tariff.

(2) Paragraph 1 does not apply for insurance contracts taken out as per 1 January 2009 and later.

§ 20 Change to the Basic Tariff

The policy holder may demand that persons insured of the contract may change to the basic tariff with the guarantee of a maximum contribution and reduction of premium in case of need of social assistance, if the first taking out of the contract of the existing substitute comprehensive health insurance has been effected 1 January 2009 and later or if the person insured has completed his or her 55th year or if he or she has not completed his or her 55th year, but fulfils the conditions for a claim of a pension of the statutory pension scheme and if he or she has laid a claim for such a pension or if he or she obtains a pension as per the government or similar regulations or if he or she is in need of social assistance as per the Second or Twelfth Book of the Social Legislation. To grant these limitations of contribution the surcharge laid down in the technical calculation basis is charged. § 19 para. 1 sentence 4 applies accordingly.

Reference to the consumer arbitration board Ombudsman Private Health and Nursing Care Insurance

Main persons insured who are not satisfied with decisions made by the insurer, or whose negotiations with the insurer have not led to the desired result, can turn to the Private Health and Nursing Care Insurance Ombudsman.

Ombudsman Private Health and Nursing Care Insurance
PO Box 06 02 22
10052 Berlin
Web: www.pkv-ombudsmann.de

The ombudsman for Private Health and Nursing Care Insurance is an independent arbitration board that works free of charge for consumers. The insurer has undertaken to participate in the arbitration proceedings.

Consumers who have concluded their contract online (e.g. via a website) can also submit their complaint online to the <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> platform. Your complaint will then be forwarded via this platform to the Private Health and Nursing Care Insurance Ombudsman.

Note: The Private Health and Nursing Care Insurance Ombudsman is not an arbitration board and cannot make binding decisions on individual disputes.

Reference to the insurance supervision

If main persons insured or policy holder are not satisfied with the service provided by the insurer or if disagreements arise during the processing of the contract, they can also contact the supervisory authority responsible for the insurer. As an insurance company, the insurer is subject to supervision by the German Federal Financial Supervisory Authority.

Federal Financial Supervisory Authority (BaFin)
Sector Insurance Supervision
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
Mail: poststelle@bafin.de

Note: The BaFin is not an arbitration board and cannot make binding decisions on individual disputes.

Reference to the legal process

Regardless of the possibility of turning to the consumer arbitration board or the insurance supervisory authority, taking legal action is open to the main person insured or policy holder.

Appendix

German Insurance Contract Law Versicherungsvertragsgesetz [VVG]

§ 14 Maturity of Payment

(1) Payments by the insurer are due after the necessary investigations to establish the insured event and the extent of the benefits to be paid by the insurer have been made.

(2) ¹If these investigations are not finished within one month since the notification of the insured event, the policy holder may demand part payment of the minimum amount that the insurer will probably have to pay. ²The running of the period is suspended in the event that the investigations cannot be concluded for reasons for which the policy holder is responsible.

(3) An agreement which exempts the insurer of the obligation to pay interests on arrears is not valid.

§ 19 Duty to Disclose

(1) ¹The policy holder has to disclose the risks that are known to him before the declaration of contract which are decisive for the insurer to conclude the contract as per the contents agreed and for which the insurer has requested in writing or electronically. ²If the insurer asks questions in the sense of sentence 1 after the policy holder's declaration to conclude the contract, but before the acceptance of the contract, the policy holder is obliged to disclose in this respect.

(2) If the policy holder violates his or her duty to disclose as per para. 1, the insurer may withdraw from the contract.

(3) ¹ The insurer has no right of withdrawal from the contract, if the policy holder has not intentionally or grossly negligently violated the duty to disclose. ²In this case the insurer has the right to terminate the contract with a one month's notice.

(4) ¹ The insurer's right of withdrawal due to grossly negligent violation of the duty to disclose and his right of cancellation as per para. 3 sentence 2 are not valid, if he had concluded the contract in knowledge of the risks not disclosed, even if other conditions were the basis for this contract. ² At the request of the insurer the other conditions become part of the contract retrospectively, if the policy holder is not responsible for the violation of the duty from the current insurance period on.

(5) ¹The insurer only has the rights set out in para. 2 to 4, if he has advised the policy holder of the consequences of a violation of the duty to disclose by a separate communication in writing or electronically. ²The rights are not valid, if the insurer was aware of the risks not disclosed or the incorrectness of the disclosure.

(6) ¹If, in case of para. 4 sentence 2, a modification of the contract leads to an increase in the premium of more than ten percent or if the insurer excludes the coverage of the risks not disclosed, the policy holder may cancel the contract without notice within one month after having received the insurer's information. ²The insurer has to point out this right in the information to the policy holder.

§ 28 Violation of a Contractual Duty

(1) In case of a violation of a contractual duty that is to be fulfilled by the policy holder towards the insurer before the occurrence of an insured event the insurer may cancel the contract without any notice within one month of becoming aware of the violation, unless the violation is not intentional or grossly negligent.

(2) ¹If the contract determines that the insurer is not obliged to pay in case of a violation of a contractual duty to be fulfilled by the policy holder, he does not have to pay, if the policy holder has intentionally violated the duty. ²In case of a grossly negligent violation of this obligation, the insurer is entitled to reduce his liability to provide benefit in relation to the severity of the negligence of the policy holder; the burden of proof that no gross negligence is involved lies with the policy holder.

(3) Notwithstanding the provisions of para. 2, the insurer is obliged to pay, if the violation of a duty is not the cause of an occurrence or declaration of the insured event nor for the declaration or the extent of the insurer's obligation to pay benefits. ²Sentence 1 is not valid, if the policy holder has violated his duty fraudulently.

(4) The insurer's total or partial freedom to pay as per para. 2 ensues that in case of a violation of the duty to inform and disclose after the occurrence of an event insured, the insurer has pointed out the legal consequences to the policy holder in a separate note in writing or electronically.

(5) An agreement according to which the insurer is entitled to withdraw in the event of a violation of the contractual duty is not valid.

§ 37 Delay in Payment of the First Premium

(1) If the one-off payment or the first payment of the premium is not made in due time, the insurer is entitled to withdraw from the contract for as long as the payment is not made, unless the policy holder is not responsible for the non-payment.

(2) ¹If the one-off payment or the first payment of the premium has not been made when the insured event occurs, the insurer is not liable to provide benefit, unless the policy holder is not responsible for the non-payment. ²The insurer is not obliged to reimburse the costs, if he has informed the policy holder by a separate information in writing or electronically or by a conspicuous remark on the insurance policy of this legal consequence of the non-payment of the premium.

§ 38 Delay in Payment of Further Premiums

(1) ¹If a subsequent premium is not made in due time, the insurer may determine a period allowed for payment - which has to be at least two weeks in writing or electronically at the expense of the policy holder. ²The fixing of a period is only effective, if the outstanding amounts of the premium, interests and costs are itemised and if the legal consequences associated with the expiration of the period as per para. 2 and 3 are stated; for subsumed contracts the amounts are to be stated separately.

(2) If the insured event occurs after the expiration of the period and if the policy holder is in arrears with the payment of the premium or the interests or the costs, the insurer is not obliged to pay.

(3) ¹The insurer may cancel the contract without any period, if the policy holder is in arrears with the payment of the due premiums. ²The cancellation may be combined with the fixing of the period allowed for payment so that on the date of expiration of the period the cancellation becomes valid, if the policy holder is in arrears with the payment; the policy holder is to be informed expressly thereof with the cancellation. ³The cancellation becomes invalid if the policy holder pays within one month after the cancellation or if it has been connected with the term within one month after the expiration of the period; para. 2 remains unaffected.

§ 86 Transition of Damage Claims

(1) ¹If the policy holder has a claim against third parties, this right is transferred to the insurer as far as the insurer compensates the policy holder for the damage. ²This transfer cannot be asserted to the policy holder's disadvantage.

(2) ¹The policy holder has to protect his compensation claim or any right that serves to secure such claim, considering the applicable formal and deadline requirements and must where necessary cooperate to impose it by the insurer. ²If the policy holder intentionally violates this duty, the insurer is not obliged to pay as far as he may not get any compensation by third parties. ³In case of a grossly negligent violation of the duty the insurer is entitled to reduce his benefits in relation to the severity of the negligence of the policy holder; the burden of proof that no gross negligence is involved lies with the policy holder.

(3) If the policy holder's compensation claim is directed towards a person with whom he or she is living in the same household at the time of the occurrence of the damage, the transition as per para. 1 cannot be asserted, unless this person has caused the damage intentionally.

§ 194 Regulations to apply

(1) ¹As far as the insurance coverage is granted as per the rules of the indemnity insurance § 74 to § 80 and § 82 to § 87 are to be applied. ²§ 23 to § 27 and § 29 are not to be applied to the health insurance. ³§ 19 para. 4 is not to be applied with health insurance, if the policy holder is not responsible for the violation of the duty to disclose. ⁴Notwithstanding the provisions of § 21 para. 3 sentence 1, the period of assertion of the insurer's rights is three years.

(2) If the policy holder or a person insured has a claim for reimbursement of sums paid without any legal reason against the provider of benefits which the insurer has reimbursed on the basis of the insurance contract, § 86 para. 1 and 2 are to be applied accordingly.

(3) ¹§ 43 to § 48 are to be applied in the health insurance under the condition that only the person insured may demand the insurance benefit, if the policy holder has stated in writing or electronically that this person is entitled to receive the insurance benefit; the entitlement may be revocable or irrevocable. ²If this condition is not met, only the policy holder may demand the insurance benefit. ³There is no need to show the insurance policy.

§ 195 Insurance Period

(1) ¹The health insurance coverage which may replace completely or partly the health or nursing care insurance coverage of the statutory social system (substitute health insurance) is timely unlimited subject to para. 2 and 3 and § 196 and § 199. ²If the non-substitute health insurance is practised as per the life assurance, sentence 1 is valid accordingly.

German Trustee Investment Act Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG] -Extract-

§ 146 Substitute Health Insurance

(1) As far as the health insurance may replace completely or partly the health and nursing care coverage of the statutory social insurance system (substitute health insurance), it may only be practiced according to the life assurance in Germany on the condition of para. 3, considering that

1. the premiums are to be calculated on an actuarial basis, based on probability calculus, other relevant statistical data, above all considering invalidity and diseases probabilities, mortality rate, risk dependence of age and sex, probability of cancellation and considering safety margins and other surcharges as well as an actuarial interest,
2. old age reserves as per § 341 f of the German Commercial Law – Handelsgesetzbuch – are to be created,
3. the insurance contract excludes the ordinary right to terminate the contract of the insurance company, in the daily indemnity insurance this right is excluded from the fourth year of coverage on at the latest as well as an increase of premiums is reserved,
4. the policy holder gets the right of changes of the contract in the insurance contract by changing into other tariffs with a similar coverage by taking into account the rights obtained during the contract period and the age reserves,
5. the insurance contract foresees the dispensing of the transfer value of this part of the insurance coverage which benefits correspond to the basic tariff in the sense of § 152 para. 1 when the policy holder changes to another private health insurance company – this does not apply to contracts concluded before 1 January 2009 and
6. the person interested in the coverage is to be handed out an official information leaflet of the Federal Institute which informs about the different principles of the statutory as well as the private health insurance, the receipt of the information leaflet is to be confirmed by the person interested.

(2) § 138 para. 2 is to be applied accordingly to the substitutive health insurance. The premiums for new business may not be less than the premiums for persons already insured of the same age without considering the old age reserve. Sentence 2 is not valid for a premium difference resulting of the fact that the premiums for new business are calculated without considering the sex.

(3) Substitute health insurance coverages with a fixed contract term as per § 195 para. 2 and 3 of the German Contract Law as well as daily indemnity insurances after the person insured's reaching the age of 65 as per § 196 of the German Contract Law may be calculated without old age reserves.

§ 150 Credit for the Age Reserve; Direct Crediting

(1) The insurance company has yearly to credit the persons insured the interests of the surplus, which is totaled at the end of the previous business year, of the accruals for increasing risks for higher age groups of the health and voluntary nursing care (nursing costs and daily nursing indemnity) insurance contracts concerned which are calculated similar to standards applicable for the life assurance business. This credit amounts to 90 % of the average amounts lying above the interest rates in accordance with the books (overdraft interests of the investment incomes).

(2) The persons insured are to be directly credited the part of the amount of the paid premium surcharge as per § 149 which was calculated for the accruals as in para. 1 up to the end of the business year in which they reach the age of 65 every year in the full amount. The remaining amount is to be credited 50 % to the accruals for increasing risks for higher age groups of all persons insured every year. The percentage as of sentence 2 increases by 2 % every year up to the maximum of 100 % from the business year of the insurance company on which begins in the year 2001.

(3) The amounts of para. 2 are to be used for the financing of higher premiums out of increases of premiums or part of higher premiums of the persons insured from the age of 65 years on unlimitedly, if the existing funds are not sufficient for the full financing of the higher premiums. Amounts not used are to be taken for reducing the premiums for persons insured from the age of 80 years on. Value adjustments after that time are to be used for the immediate reduction of premiums. In the voluntary daily nursing care insurance, the general conditions of insurance may provide for respectively higher benefits instead of a reduction of premiums.

(4) The part of the calculated income from interest as per para. 1 which remains after the deduction of the amounts used as per para. 2 is to be used for a reimbursement of premiums not dependent on the outcome and to be used within three years to avoid or to limit premium increases or for the reduction of premiums for persons insured who have reached the age of 65 on the balance-sheet date. The reduction of premiums as per sentence 1

may be limited in so far as the premium of the person insured does not drop under the level of the original entry age; the part of the crediting not used has then to be credited as per para. 2 additionally.

Social Legislation Fifth Volume Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) [SGB V] -Extract-

From 1 January 2009 on

§ 257 Grant for Premiums for Employees

(2) ¹Employees who are insured with a private health insurance company because their yearly income is above the German *Jahresarbeitsentgeltgrenze* (yearly upper limit of assessment valid for persons since 1 January 2003) or who are exempt from the compulsory insurance as per § 6 para. 3a or who are not compulsorily insured and who may claim insurance benefits for themselves and their family members, who would be insured as per § 10 in case of compulsory insurance of the employee, which correspond in kind to the benefits of this book, get an employer's grant. ²The grant is calculated on the basis of half the amount of the contribution reduced by 0.9 contribution rate points as per § 241 and in the compulsory insurance, the contribution payable from income as per § 226 para. 1 sentence 1 n° 1, , however a maximum of half of the amount which the employee has to pay to his or her health insurer. ³For employees who would not have any claim for sick pay in case of a compulsory insurance the contribution rate as per § 243 is applied instead of that specified in § 241. ⁴In situations where a short-time allowance is being paid, the grant is the amount that the employer would have to contribute in the employee compulsory insurance as per § 249 para. 2, but no more than the amount that the employee has to pay for his/her health insurance. ⁵Para. 1 sentence 2 is valid.

(2a) ¹The grant as per para. 2 will only be paid for a private health insurance with effect from 1 January 2009, if the insurance company meets the following conditions:

1. the health insurance is operated according to the life assurance,
2. it offers a basic tariff in the sense of § 12 para. 1a of the German Trustee Investment Act (*Versicherungsaufsichtsgesetz*),
3. as far as there are already persons insured in the unique standard tariff of all health insurance

companies in the sense of § 257 para. 2a in the version valid up to 31 December 2008, it obliges to stick to the obligations mentioned in § 257 para. 2a in the version valid up to 31 December 2008 as far as the standard tariff is concerned,

4. it obliges to use the majority of the surpluses of the insurance business concluded by itself in favour of the persons insured,
5. it renounces the ordinary right of cancellation,
6. it does not operate the health insurance together with that from other insurance sectors, if the insurance company has the headquarters in the jurisdiction covered by this law.

² Every three years, the policy holder has to hand out to his or her employer a confirmation from the insurance company that the supervisory authority has confirmed that the insurance company of the respective insurance contract operates according to the conditions mentioned in sentence 1.

German Law of Homosexual Partnerships - Lebenspartnerschaftsgesetz

§ 1 Form and Conditions

(1) ¹Two persons of the same sex set up a civil union if they personally and in each other's presence declare before a registrar that they wish to enter into a civil union (companion for life). The declarations may not be subject to a condition or a time limit.

(2) The registrar should ask each person in turn whether they wish to establish a civil union. If both persons respond in the affirmative, the registrar shall declare that the civil union is now established. The establishment of a civil union can take place in the presence of up to two witnesses.

(3) A civil union cannot become established in law if

1. a person is minor or married or already entered into a civil union with another person;
2. the persons are directly related to each other;
3. the persons are brothers and sisters or half-brothers and half-sisters;
4. the partners agree when entering into the civil union that they do not wish to accept any of the obligations set out in § 2.

(4) ¹Out of the promise to set up a homosexual partnership no setting up of this partnership may be sued. ²§ 1297 para. 2 and § 1298 and § 1302 of the German *Bürgerliches Gesetzbuch* – civil law – are valid accordingly.

The Most Important Information of Your Group Insurance Contract at a Glance

As per August 2023

Below you get a survey of the general regulations of your group insurance contract for your information. Possible different regulations may be in the agreements with the policy holder.

1. Terms

- Policy holder is the head of the group (e. g. your employer).
- Main persons insured are persons who belong to the group as mentioned in the group insurance contract and who have been reported to us (that is you).
- Co-insured persons may be spouses, life partners, partners in a marriage-like community and children.

2. Regulations of Application

- The group insurance contract regulates the tariff plans/plan packages for which you may be applied for. Please contact the policy holder for further questions.
- We commit ourselves to accept every application.
- It is also ruled, if a check of the state of health shall be carried through at the beginning or only at the time of continuation of coverage. This check may regulate that there are higher risks and that possibly risk surcharges as well as exclusions of benefits will be agreed upon.

3. Payment of Premiums

- The group insurance contract regulates, if you or the policy holder will effect the payment of premiums.

4. Insurance Benefits

- The policy holder has regulated in the group insurance contract that you are entitled to receive the insurance benefits, that is that only you will receive the insurance benefits. However, this does not apply, if the policy holder has covered his or her own cost risk and / or you have not made an advance payment.
- We do not offset any claims towards the policy holder, especially as far as outstanding premiums are concerned with insurance benefits, for which you are entitled for.

5. Duration

- The group insurance contract is valid for the first year till the 31 December and may be prolonged for another year, if it has not been cancelled 3 months before at the latest.
- In case of modifications of premiums the policy holder has an extraordinary right to cancel the contract.
- Your rights, such as the right of continued coverage, are laid down in the General Conditions of Insurance.

6. Correspondence

- The correspondence in connection with the group insurance contract is effected between us and the policy holder. However, if questions do only concern yourself, we may also correspond directly with you.
- The group insurance contract regulates the mailing for possible necessary certificates (confirmation of insurance or employer's confirmation) and if you promptly receive the insurance regulations by us or by the policy holder. Above that, the obligations of information in case of important modifications are regulated in the insurance coverage.